

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 9/2021



30 Jahre UOKG

Jugendhaus in Hohenleuben

Zersetzung

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Aktuell

- 3 Nicht ins Abseits geraten
Erinnerungskultur

Recht

- 4 „...ist auf Antrag aufzuheben“

Dokumentiert

- 5 Festansprache 30 Jahre UOKG

Geschichte

- 8 Der gescheiterte Idealist, Teil II

Aufarbeitung

- 10 Das Jugendhaus für Frauen in Hohenleuben

Berichte

- 11 Gesicht zur Wand
12 Wie künftig aufarbeiten?
13 Zersetzung

Verbände

- 15 Torte in Tost
Unter dem Damoklesschwert
16 Gefährdung der Aufarbeitung
Verteidigung von Memorial!
17 Suchanzeigen

Service/Bücher

- 18 Die letzten Tage von Hongkong
Günter Kröber im Interview
5 Monate und 24 Tage
19 Zeitgeschichte kann spannend sein
Berichtigung

Umschlagbild

Der am 20. November wiedergewählte Vorstand der UOKG: (v.l.) Hinten Dieter Dombrowski, Vorsitzender, Roland Lange, stellv. Vorsitzender, vorn Sybille Krägel, Inge Bennewitz, Konstanze Helber und Carla Ottmann, stellv. Vorsitzende. Es fehlt aus gesundheitlichen Gründen auf dem Bild Ernst-O. Schönemann.

Foto: Lucas Hütter/UOKG

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder einmal neigt sich ein Jahr dem Ende zu. Wie auch im letzten Jahr stehen wir unter den Einflüssen von Corona. Dennoch bleibt, von diesen Widrigkeiten abgesehen, festzuhalten, daß unsere Arbeit für die Opfer von SED und Kommunismus auch im Jahr 2021 erfolgreich war, dennoch aber ausbaufähig ist. Endlich ist die Arbeit im „Kompetenzzentrum“ für die Begutachtung von psychischen Schäden ehemaliger politisch Inhaftierter der DDR begonnen worden. Vier Universitätskliniken in den neuen Ländern haben sich verbunden, um gemeinsam in einem Netzwerk auf wissenschaftlicher Grundlage Hilfe für diese Geschädigten-Gruppe zu schaffen.

Die Zusammenarbeit mit der Opferbeauftragten Evelin Zupke hat sich hervorragend entwickelt, und Frau Zupke wirbt offensiv im politischen Raum für die berechtigten Anliegen der Opfer von SED und Kommunismus.

Es gibt aber auch immer wieder Rückschläge. Hierfür ein Beispiel: Der Deutsche Bundestag hatte beschlossen, daß Opfer von Zersetzungsmaßnahmen der SED und des MfS eine einmalige Zahlung von 1500 € erhalten können. Wir haben die Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Gesetzes kommen sehen, und deshalb habe ich als Betroffener stellvertretend für andere beim LAGeSo in Berlin einen Antrag auf Anerkennung als Zersetzungsopfer gestellt. Das LAGeSo und danach das Verwaltungsgericht Berlin legten mir nahe, von diesem Antrag Abstand zu nehmen, weil die Zersetzungsmaßnahmen stattgefunden hatten, nachdem ich in die Bundesrepublik freigekauft

war. Ich habe dann gegen den Bescheid Klage eingereicht, und nunmehr hat das Verwaltungsgericht Berlin mit der nachfolgenden Begründung meine Klage abgewiesen. In der mündlichen Begründung führte die Richterin aus: Unstreitig war der Kläger Gegenstand von Zersetzungsmaßnahmen des MfS in Berlin (West). Es ist richtig, daß die Maßnahmen durch das MfS in Berlin (Ost) beauftragt wurden. Entscheidend sei aber nicht der Auftraggeber, sondern derjenige, der diese Aufträge außerhalb der DDR umgesetzt hat. Ich habe daraufhin geantwortet, daß dann die Herren Krenz und Mielke offensichtlich zu Unrecht verurteilt wurden, denn diese haben zwar Aufträge vergeben, aber nicht selber ausgeführt.

Nun ja, da mag sich jeder von uns seinen Teil denken, und ich werde jetzt versuchen, beim Bundesverwaltungsgericht zu einer Klärung zu kommen.

Abschließend möchte ich Sie darüber informieren, daß zum Ende dieses Jahres Sybille Ploog als Redaktionsverantwortliche des „Stacheldrahts“ in Rente gehen wird. Ich möchte – ich denke auch in ihrem Namen – Sybille Ploog für Ihre langjährige Arbeit herzlich danken. Die Redaktion des „Stacheldrahts“ wird zukünftig Herr Dr. Henning Pietzsch übernehmen, der als Herausgeber der „Gerbergasse 18“ über die notwendigen Voraussetzungen verfügt.

Ihnen allen wünsche ich Gesundheit und einen ruhigen und besinnlichen Jahresausklang.

Ihr Dieter Dombrowski

Nicht ins Abseits geraten

SED-Opferbeauftragte Zupke hat ersten Bericht zum Handlungsbedarf für die Opfer der SED-Diktatur an den Deutschen Bundestag übergeben

Zum 9. November 2021 hat die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur ihren ersten Bericht an Bundestagspräsidentin Bärbel Bas übergeben. Ziel des Berichts ist es, dem neu gewählten Parlament zu Beginn der Wahlperiode dringenden Handlungsbedarf für die SED-Opfer aufzuzeigen.

Schwerpunkte des Berichts sind Erleichterungen in der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden, die Verbesserung der sozialen Lage der SED-Opfer, die Einrichtung eines bundesweiten Härtefallfonds, die Stärkung der Forschung zum SED-Unrecht sowie die Weiterentwicklung der Gedenk- und Erinnerungslandschaft.

SED-Opferbeauftragte Zupke: „In den zurückliegenden Jahren wurden durch den Deutschen Bundestag wichtige Verbesserungen für die Opfer der SED-Diktatur beschlossen.

Gleichzeitig besteht weiterhin Handlungsbedarf, insbesondere beim Thema Gesundheit und bei der sozialen Lage der Betroffenen. Wer in der SED-Diktatur für Freiheit und Selbstbestimmung gekämpft hat, darf in der heutigen demokratischen Gesellschaft nicht ins Abseits geraten.“

Bei den Verfahren zur Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden scheitern


aktuell neun von zehn Opfern mit ihren Anträgen. Den Betroffenen gelingt es meist nicht, den geforderten kausalen Zusammenhang zwischen den Repressionserfahrungen und der heutigen gesundheitlichen Schädigung zu belegen.

Aufgrund der fehlenden Anerkennung haben die ehemals politisch Verfolgten keinen Zugang zu notwendigen Unterstützungsleistungen. SED-Opferbeauftragte Zupke wirbt daher für grundsätzliche Vereinfachungen der Verfahren:

„Die Betroffenen werden älter und ihre gesundheitliche Situation rückt zunehmend in den Vordergrund. Jahrelange Begutachtungsverfahren, die meist erfolglos enden, sind den SED-Opfern nicht länger zuzumuten. Hier braucht es grundsätzliche Veränderungen.

Zukünftig könnte beispielsweise bei politischen Häftlingen, die heute an Gesundheitsschäden leiden, auf Begutachtungen verzichtet werden. Für sie sollten der Nachweis des Gesundheitsschadens und der Nachweis der erlebten Repression ausreichen. Zudem werde ich dafür, bundesweit in Fragen des SED-Unrechts nur noch qualifizierte Gutachterinnen und Gutachter einzusetzen. Gemeinsam müssen wir verhindern, daß die Opfer an den Hürden der Bürokratie scheitern.“

In Anlehnung an die in den Ländern Berlin, Brandenburg und Sachsen eingerichteten Härtefallfonds, die ehemals politisch Verfolgte unterstützen, die sich heute in einer wirtschaftlichen Notlage befinden, wirbt die SED-Opferbeauftragte für die Einrichtung eines bundesweiten Härtefallfonds.

„Zwischen 1949 und 1990 haben über drei Millionen Menschen die DDR verlassen. Viele von ihnen leben heute in Westdeutschland. Mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung darf der damalige oder heutige Wohnort nicht über den Zugang zu Unterstützung entscheiden. Die Unterstützung der Opfer der SED-Diktatur ist unsere gemeinsame, gesamtdeutsche Aufgabe. Mit der Einrichtung eines bundesweiten Härtefallfonds kann die Politik ein wichtiges Zeichen in Richtung der Opfer in ganz Deutschland setzen.“ 

Bürgerberatung

des Bundesarchivs für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
(0 30) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr
Freitag 8.00–14.00 Uhr

Erinnerungskultur mit unterschiedlichen Perspektiven

(lasd)Die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Nancy Aris, hat die Pläne der Ampelkoalition im Hinblick auf die Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Verbesserung der Situation der SED-Opfer begrüßt.


Die Parteien SPD, Grüne und FDP hatten ihren Koalitionsvertrag vorgestellt. Die Sächsische Landesbeauftragte befürwortet die im Koalitionsvertrag beschlossenen Regelungen:

„Die Erleichterung des Zugangs zu Entschädigungsleistungen und die Einrichtung eines bundesweiten Härtefallfonds sind wichtige Signale für die Opfer der SED-Diktatur. Viele Opfer politischer Verfolgung leiden noch heute sozial und

finanziell unter den Folgen. Bisher existieren solche Fonds nur in vier ostdeutschen Ländern. Die Betroffenen leben jedoch im gesamten Bundesgebiet. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Würdigung der Opfer ist eine gesamtdeutsche Aufgabe. Ich wünsche mir, daß der bundesweite Härtefallfonds unbürokratisch und schnell eingerichtet wird.“

Erfreulich ist die im Koalitionsvertrag vereinbarte Förderung von Gedenkstätten und die vorgesehene Unterstützung lokaler Initiativen: „Wir brauchen eine Erinnerungskultur, die unterschiedliche Perspektiven zuläßt und eine pluralistische Aufarbeitungslandschaft stärkt. Die SED-Diktatur zeigte sich in vielfältigen Facetten an unterschiedlichen Orten. Wir

benötigen daher Gedenkkarte, die diese verschiedenen Aspekte differenziert beleuchten, sowohl lokal als auch thematisch.“

Positiv bewertet die Landesbeauftragte die im Vertrag vereinbarte Förderung der Orte der Friedlichen Revolution: „Sachsen war Wegbereiter der Friedlichen Revolution. Der Umbruch steht für die Selbstermächtigung der Menschen in der Diktatur. Er ist eine Sternstunde und keine Fußnote der Geschichte. Es ist daher eine wichtige Aufgabe, die entsprechenden Orte in der Region zu markieren und ihre Geschichte zu erzählen. Eine Möglichkeit dies zu tun, ist das Förderprogramm ‚Jugend erinnert‘, das die neue Bundesregierung erfreulicherweise verstetigen möchte.“ 

„...ist auf Antrag aufzuheben“

Voraussetzungen für eine Rehabilitierung nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)

Aufgrund der Komplexität des Gesetzes und der Vielzahl an möglichen Sachverhalten kann nur ein grober, nicht abschließender Überblick gegeben werden. Wenn Sie Fragen haben oder Unterstützung benötigen, können Sie sich an die juristische Beratungsstelle der UOKG wenden. Dort kann Ihnen auch Auskunft über die zuständigen Behörden gegeben werden.

§ 1 Abs. 1 S. 1 VwRehaG lautet: „Die hoheitliche Maßnahme einer deutschen behördlichen Stelle zur Regelung eines Einzelfalls in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Beitrittsgebiet) aus der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 (Verwaltungsentscheidung), die zu einer gesundheitlichen Schädigung (§ 3), einem Eingriff in Vermögenswerte (§ 7) oder einer beruflichen Benachteiligung (§ 8) geführt hat, ist auf Antrag aufzuheben, soweit sie mit tragenden Grundsätzen eines Rechtsstaates schlechthin unvereinbar ist und ihre Folgen noch unmittelbar schwer und unzumutbar fortwirken.“

Die darin enthaltenen Tatbestandsmerkmale werden im Antragsformular abgefragt und von der Rehabilitierungsbehörde geprüft:

1. Lag eine hoheitliche Maßnahme vor?
 - Darunter versteht man – vereinfacht gesagt – eine Maßnahme, die vom Staat ausging.
2. Einer deutschen behördlichen Stelle im Beitrittsgebiet?
 - Bsp. MfS oder andere staatliche Behörde/Einrichtung der DDR.
3. Zur Regelung des Einzelfalls?
 - Es muß sich um eine individuelle Maßnahme gehandelt haben.
4. Hat diese Maßnahme im Beitrittsgebiet (der DDR) stattgefunden, bzw. sich dort ausgewirkt?
 - Es ist fraglich, ob dies überhaupt ein Tatbestandsmerkmal ist, denn der Wortlaut der Norm läßt eine andere Auslegung zu. Das VG Berlin meint Ja (entgegen der herrschenden Meinung in der Literatur). Die Beantwortung dieser Frage kann im Einzelfall entscheidungserheblich sein. Auch in

Westdeutschland haben Zersetzungsmaßnahmen stattgefunden. Das VG Berlin hat kürzlich entschieden, daß in diesem Fall keine Rehabilitierung erfolgen kann, weil der räumliche Anwendungsbereich des VwRehaG nicht eröffnet sei.

5. Fand die Verwaltungsentscheidung in der Zeit zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 2. Oktober 1990 statt?
 - Maßnahmen vor oder nach dieser Zeitspanne sind nicht erfaßt.
6. Hat die Maßnahme zu einer Beeinträchtigung der Gesundheit, des Vermögens oder des Berufs geführt?
 - Bsp. Gesundheit: Eine Zersetzungsmaßnahme hat sich auf die Psyche ausgewirkt. Die Rehabilitierungsbehörde darf hier nur prüfen, ob dies schlüssig ist.
 - Bsp. Beruf: Berufsverbot. Dann ist neben dem VwRehaG das Berufliche Rehabilitierungsgesetz anwendbar.
 - Bsp. Vermögen: Enteignung. Hier ist das Vermögensgesetz zu beachten.
7. War dieser Rechtsgutseingriff (Gesundheit, Beruf oder Vermögen betreffend) in einem *erheblichen* Maße rechtsstaatswidrig?
 - Es werden nur extrem rechtsstaatswidrige Maßnahmen erfaßt, denn eine umfassende Aufarbeitung jeglichen DDR-Unrechts ist aufgrund der unzähligen Fälle praktisch nicht möglich. Man spricht daher bei nicht so gravierenden Maßnahmen von Allgemeinschicksal. Bei der Frage, was gravierend ist, weicht die Einschätzung der Behörde oft von der subjektiven Sicht der Antragsteller ab.
8. Wirken die Folgen unmittelbar und schwer fort?
 - Bestehen aufgrund der Maßnahme noch aktuell Gesundheitsprobleme, Renteneinbußen etc.? Sind diese Einbußen *erheblich* (schwer und unzumutbar)?

Liegen diese Voraussetzungen (Punkte 1–8) vor, wird die Maßnahme von der Rehabilitierungsbehörde per Bescheid aufgehoben oder, wenn dies nicht möglich ist, deren Rechtsstaatswidrigkeit festge-

stellt. Das ist dann die Rehabilitierung. Oft ist problematisch, daß eine Maßnahme nicht durch Unterlagen bewiesen werden kann. In diesem Fall reicht zwar grundsätzlich eine Glaubhaftmachung durch eine eidesstattliche Versicherung. Allerdings wird hier der Behörde ein Ermessen eingeräumt, d.h. sie *kann* eine Glaubhaftmachung als ausreichend erachten, *muß* das aber nicht. Leider wird hier häufig zulasten der Betroffenen entschieden.

Aus der Rehabilitierung können Folgeansprüche abgeleitet werden; bei der Beruflichen Verfolgung insbesondere ein rentenrechtlicher Ausgleich; bei Gesundheitsschäden (z. B. durch Zersetzung) Ansprüche nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG), welches entsprechend anwendbar ist. In Betracht kommen bspw. Heilmittelversorgung oder eine monatliche Grundrente.

Nach § 1a Abs. 1 VwRehaG kann auch eine Maßnahme rehabilitiert werden, die nicht zu einer Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 1 Satz 1 genannten Rechtsgüter geführt hat. Voraussetzung ist, daß die Maßnahme mit tragenden Grundsätzen eines Rechtsstaates schlechthin unvereinbar ist und aus Gründen der politischen Verfolgung zu einer schweren Herabwürdigung des Betroffenen im persönlichen Lebensbereich geführt hat. Diese sogenannte moralische Rehabilitierung begründet keine Folgeleistungen, sondern ist quasi rein symbolisch.

Eine Besonderheit gibt es bei Zersetzungsmaßnahmen: Nach § 1a Abs. 2 StrRehaG kann eine Einmalzahlung in Höhe von 1500,- € beantragt werden. Hierbei ist zu beachten, daß man, wenn man die Einmalzahlung beansprucht, darüber hinaus grundsätzlich keine Ansprüche hat. Wenn man also aufgrund von Zersetzungsmaßnahmen Gesundheitsschädigungen geltend macht, kann man nicht gleichzeitig die Einmalzahlung erhalten.

Nach einem erfolglosen Rehabilitierungsverfahren steht der Klageweg vor dem Verwaltungsgericht offen. Im Unterschied zur strafrechtlichen Rehabilitierung werden hier grundsätzlich Gerichtskosten erhoben.

Festansprache 30 Jahre UOKG

Von Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG, am 27.8.2021

[...] Meine Damen und Herren, die Widrigkeiten in der Konversation mit dem Bundestagspräsidenten waren für mich der Anlaß, darüber nachzudenken, ob der heutige Tag, der 30. Jahrestag der Gründung der UOKG mit der Bezeichnung Festveranstaltung überhaupt den richtigen Namen trägt. Haben wir eigentlich etwas zu feiern? Viel schöner wäre es doch, es müßte uns, die UOKG und alle Verbände, die an der Aufarbeitung des SED-Unrechts beteiligt sind, gar nicht geben. Viel schöner wäre es doch, wenn es dieses Unrecht nicht gegeben hätte oder wenn das geschehene Unrecht wieder gut gemacht wäre. Beides, meine Damen und Herren, trifft natürlich oder leider nicht zu. Das Unrecht hat stattgefunden und das Unrecht ist in vielen Bereichen nicht oder noch nicht wieder gut gemacht, soweit das möglich ist. Darum habe ich meine Festrede unter das Motto dieser Veranstaltung gestellt: „Lindern, was nicht zu heilen ist.“

Meine Damen und Herren, auch wenn der Fall der Mauer und des Unrechtsregimes der SED über 30 Jahre und das geschehene Unrecht oftmals noch ein paar Jahrzehnte länger her sind, sind die Wunden nicht geschlossen. Die von der Landesbeauftragten Maria Nooke im März dieses Jahres vorgestellte repräsentative Studie über die soziale Situation der SED-Opfer im Land Brandenburg gibt das wieder, was viele von uns befürchtet haben. Aber nun ist es Gewißheit. Die Studie belegt, daß die Opfer der SED-Diktatur doppelt so häufig wie der Durchschnitt der Bevölkerung in prekären Verhältnissen leben und daß die SED-Opfer doppelt so häufig wie der Durchschnitt der Bevölkerung von chronischen Krankheiten betroffen sind. Ein weiteres Ergebnis der Studie ist, daß die SED-Opfer, denen es deutlich schlechter geht als dem Durchschnitt der Bevölkerung, eine deutlich höhere Zustimmung zu den Institutionen unseres Rechtsstaates und damit zu unserer Demokratie dokumentieren. In Kurzfassung könnte man das Ergebnis aus Sicht der SED-Opfer so zusammenfassen: Wir werden schlecht behandelt, aber wir stehen zu diesem Staat. Ich möchte betonen, daß es sich hier nicht um Einzelmeinungen handelt, sondern um repräsentative Befunde.

Im Land Berlin ist diese Studie gerade in Arbeit und ich denke, sie wird zu keinem anderen Ergebnis kommen, weil es das

ist, was wir, die Opferverbände, von den Menschen hören, die sich an uns wenden. Natürlich ist nicht jede Klage wirklich berechtigt, aber die Zahl der Klagen und Beschwerden, die in der Sache begründet sind, können nicht ignoriert werden. Ich möchte nur ein paar Beispiele nennen: Da sind die Zwangsausgesiedelten. Das sind die Menschen die 1952 und 1961 unter dem Namen „Aktion Ungeziefer“ binnen drei Stunden ihre Häuser in Grenznähe räumen mußten. Betroffene sind heute anwesend, damals noch Kinder und Jugendliche, die zum ersten Mal in ihrem Leben ihre Eltern rat- und hilflos sehen mußten. Die zusehen mußten, wie Fremde ihr Hab und Gut auf LKWs verladen, um sich in eine unbekannte neue Heimat transportieren lassen zu müssen, wo sie als Kriminelle angekündigt wurden. Diese Menschen warten bis heute auf Wiedergutmachung oder Entschädigung, und nach meinem Eindruck geht es hier auch um Gerechtigkeit für die Eltern der Anwesenden.

Ich denke auch an die politischen Häftlinge, die Zwangsarbeit erdulden mußten. Geschuftet haben politische Häftlinge in Außenstellen von volkseigenen Betrieben, wo sie Waren produzierten, die zum großen Teil durch den innerdeutschen Handel nach Westdeutschland gelangten und dort unter Handelsnamen wie REVUE, Porst, Kunert und Sayonara Strumpfhosen, als Privileg Elektrogeräte, als Möbel von Ikea u.v.m. wieder auftauchten. Einzig Ikea hat sich frühzeitig zur Verantwortung und Wiedergutmachung bereit erklärt, auch wenn keine Schuld im juristischen Sinne besteht, wohl aber eine moralische. Die Deutsche Bahn, Eigner ist hier der Bund, hat vor Jahren eine Studie in Auftrag gegeben über die Zwangsarbeit von politischen Häftlingen bei der Deutschen Reichsbahn. Diese Historikerstudie kommt zu einem eindeutigen Ergebnis, nämlich, daß die politischen Häftlinge für Arbeiten eingesetzt wurden, die kein anderer machen wollte bzw. aus Arbeitsschutzgründen durfte. Die Unfallhäufigkeit unter politischen Zwangsarbeitern, so stellt die Studie fest, war ungleich höher als im normalen Betrieb. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn, Herr Grube, äußerte

sich zu den Gefangenentransportwaggons, dem sogenannten Grotewohl Express, die an die Linienzüge angehängt wurden, wie folgt: „So würde man heute nicht mal Schweine transportieren.“ Grube hat sich damals aus moralischer Verantwortung dazu bereit erklärt, daß sich die Deutsche Bahn aus moralischen Gründen zur Wiedergutmachung bekennen würde, wenn der Gesellschafter, also der Bund, dies befürwortet. Der Bund und der Aufsichtsrat haben diesem Anliegen eine Absage erteilt, weil es keine juri-



Dieter Dombrowski...

stische Schuld gäbe. Damit ist der Bund ein negatives Beispiel. Während Ikea die Bundesregierung schriftlich gebeten hat, bei der Überzeugungsarbeit zur freiwilligen Unterstützung eines Hilfsfonds bei der Wirtschaft zu werben, die von der Zwangsarbeit politischer Häftlinge profitiert haben, haben private Unternehmen mit derselben Begründung wie der Bund jedwede Verantwortung zurückgewiesen.

Nur zur Erinnerung, das ist der gleiche Bund, der kürzlich in einem Lieferkettengesetz von allen deutschen Importeuren verlangt hat, daß alles Menschenmögliche getan werden muß, um Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen bei der Produktion von Gütern für den deutschen Markt ausschließen zu können. Eigentlich bedarf es keines Gesetzes, um anständig zu handeln. So viel zur Glaubwürdigkeit der Politik an dieser Stelle. Ein Dank an das Management von Ikea, das für sich entschieden hat, eine moralische Mitverantwortung zu übernehmen. Eigentlich



sollte die öffentliche Hand Vorbild sein, aber gut, hier ist es bisher noch anders. Sie kennen alle das freundliche Versandhaus Otto. Otto hat fast alle deutschen Versandhäuser gekauft bzw. die Namensrechte erworben. Fast alle deutschen Versandhäuser haben Produkte aus der DDR und Produkte, die unter Zwangsarbeit politischer Häftlinge produziert wurden, verkauft und gutes Geld verdient. Ehemalige politische Häftlingsfrauen haben sich an die Firma Otto gewandt und um Auskunft über den Bezug von Produkten aus der Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR zu erhalten. Die Firma Otto hat den traumatisierten Frauen in den Antwortschreiben für die Zuschriften gedankt und Mitgefühl bekundet. Im Weiteren hat

ben hat, ist natürlich auch über das Unglücksschicksal dieser betroffenen Menschen nicht Protokoll geführt worden. Ich möchte die Leistungen bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts nicht klein reden. Kein Land dieser Welt, das eine Diktatur hinter sich gebracht hat, hat die Aufarbeitung des Unrechts und die Transparenz der Aufarbeitung so konsequent absolviert wie wir hier in Deutschland. Aber wir müssen diesen Weg auch mit Respekt voreinander zu Ende gehen und nicht irgendwo stehen bleiben, weil wir glauben, es wäre alles schon so lange her und alles schon erledigt. Nur ein Beispiel: Vor fünf Jahren bin ich im Deutschen Bundestag auf Werbetour gewesen, um 75 000 € für das Projekt Aufklärung der politischen Zwangsadoption in der DDR zu akquirieren.

Unter anderem war ich bei dem Haushaltspolitiker Kahrs, aus Hamburg. Herr Kahrs merkte an: „Das ist doch schon so lange her.“ Ich habe mutig geantwortet: „Herr Kahrs, sie würden so etwas nicht über die NS-Zeit sagen.“ Weiter habe ich ihm ins Gesicht gesagt, selbst wenn es nur einen einzigen Fall gäbe, in dem eine politische Zwangsadoption vermutet werden könnte, wäre es unsere gemeinsame Pflicht, alles Menschenmögliche zu tun, um dieses eine Schicksal so oder so aufzuklären. „Wir sind hier nicht in Mexiko“, habe ich ausgeführt, „wo ganze Gruppen von jungen Frauen oder Männern

verschwinden, ohne daß einer außer den Angehörigen nach ihnen sucht.“ Natürlich ist die Förderung des Projektes Aufklärung der Zwangsadoption auf den Weg gebracht worden, aber erschütternd und empörend fand und finde ich diese Einstellung.

Meine Damen und Herren, ich möchte ein letztes Beispiel anführen, um darzustellen, daß ein Gesetz zwar rechtmäßig und dennoch ungerecht sein kann. Die Flüchtlinge, die lange vor dem Fall der Mauer in den freien Teil Deutschlands geflüchtet sind, sind in das Rentensystem eingepflegt worden. Dazu erhielten alle Rentenverläufe für die in der DDR geleistete Arbeitszeit das Kürzel FRG (Fremdrentengesetz). Nach der Wiedervereinigung war das Rentensystem insgesamt neu zu regeln und die 17 Millionen DDR-Bürger waren in unser Rentensystem aufzunehmen. So weit, so gut und richtig! Die ehemaligen Flüchtlinge haben die Folgen dieses Rentenüberleitungsge-

setzes erst bei der Antragstellung auf ihre Altersrente bemerken können, da die Rente teilweise mehrere 100 € niedriger ausfiel, als es die ihnen bekannten Rentenverläufe auswies. Die Berechnungsgrundlage FRG wurde gestrichen und ein anderer schlechterer Wert angenommen. Nun, das Gesetz dazu ist wohl rechtmäßig, aber ungerecht. [...]

Ich denke, es ist angesichts der wenigen Beispiele, die ich vorgetragen habe, auch angeraten, aufmerksamer zu sein, wenn es um die Anliegen der SED-Opfer geht. Hier, meine Damen und Herren, setzen wir große Hoffnungen in die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur, Frau Zupke. Sie wird keine Wunder vollbringen, sie wird aber, das weiß ich, sich tatsächlich für die Anliegen der SED-Opfer einsetzen.

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß die Anliegen der SED-Opfer nicht im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses und damit auch nicht im Fokus der Politik stehen. Vielleicht haben 20 Prozent der Deutschen eine Verbindung zu dieser Thematik, aber die Menschen, über die ich spreche, sind nicht die, die Krawall machen oder gelbe Farbe um die Siegestsäule herumschütten, um spektakulär auf sich aufmerksam zu machen. Wir sprechen hier über ehemalige SED-Opfer, demokratiefeste Bürgerinnen und Bürger, die still leiden. Das ist nicht recht! Ich bin sehr dankbar, daß sich die UOKG und damit auch alle unsere Mitgliedsverbände einer wachsenden positiven Aufmerksamkeit in der Politik erfreuen. Wir kriegen Zuspruch von offiziellen Stellen aber auch von Abgeordneten, die unsere Arbeit wertschätzen. Es gibt aber auch Akteure, die versuchen, die SED-Opferverbände oder einzelne Persönlichkeiten in ein schlechtes oder rechtes Licht zu rücken. Die wissenschaftlichen Fakten sind, wie die Studie aus Brandenburg zeigt, andere. Vermutlich steckt dahinter immer noch der Traum von einem Sozialismus, der besser ist als jede andere Weltanschauung. Dieser Traum sollte ausgeräumt sein! Da die Arbeit der Opferverbände zu allen Zeiten angefeindet, von Mißverständnissen begleitet, oder von glatter Abneigung begleitet wurde, möchte ich anhand der Lebensleistungen ehemaliger Vorsitzender der UOKG auf diese Menschen und deren Hintergründe hinweisen.

Ich erinnere an Lothar Brauer, den Gründungsvorsitzenden der UOKG. Zusammen mit seiner Frau Heidrun gründete er die



...während der Festansprache.

Otto klargestellt, daß dem Unternehmen keine derartigen Geschäfte bekannt seien und es keine juristische Verantwortung für das Unternehmen gäbe. Daher könne man leider nicht helfen. Dann folgt der Hinweis, daß die Weitergabe des Antwortschreibens oder auch das Zitieren aus der Antwort untersagt wird. Der Bund verhält sich hier nur wenig anders als die Firma Otto. Das ist Deutschland 2021! Ich denke auch in diesem Zusammenhang an die Menschen, die in politischer Haft und bei der Zwangsarbeit zu psychischen und physischen Schäden gekommen sind.

Diese Menschen haben praktisch die Möglichkeit einen Antrag auf Anerkennung ihrer Schäden zu stellen, aber sie haben nur theoretisch die Möglichkeit, daß diesen Anträgen stattgegeben wird. Diese Geschädigten müssen nämlich nach Gesetzeslage den Nachweis erbringen, daß ihr Schaden aus der Haft herrührt. Da es in der DDR offiziell keine politischen Gefangen, sondern nur Kriminelle gege-

Initiativgruppe Buchenwald, und ihnen ist es zu verdanken, daß die Öffentlichkeit auf die Massengräber im Speziallager Buchenwald aufmerksam wurde. Mit seiner Person verbindet sich ein glaubwürdiger Beginn der Aufarbeitung der politischen Verfolgung in der sowjetischen Besatzungszone und früheren DDR.

Ich erinnere an Roland Bude. Seit März 1992 war er Vorsitzender der UOKG und im weiteren Vorstandsmitglied bis 2001. Roland Bude wurde im März 1926 in Freiwaldau, Tschechien, geboren. 1943 wurde er als Luftwaffenhelfer verpflichtet, legte 1944 sein Notabitur ab und wurde 1944 zur Wehrmacht einberufen. Er kam an die Ostfront und geriet 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er auf abenteuerlichen Wegen flüchten konnte. Er studierte 1947 und 1948 an der Uni Jena Slawistik. Am 13. Juli 1950 wird er verhaftet und am 31. Oktober durch ein sowjetisches Militärtribunal in Schwerin zu zweimal 25 Jahren Straflager verurteilt. Er erhielt keine Möglichkeit, sich zu verteidigen oder Entlastungszeugen zu benennen. Das zusammengefaßte Strafmaß betrug für Roland Bude 25 Jahre Straflager. Aus der Lagerhaft in Workuta wird er 1955 durch die Bemühungen von Kanzler Adenauer entlassen. Er zog nach München und setzte sein Studium fort. Neben seiner Tätigkeit im Gesamtdeutschen Ministerium engagierte er sich gesellschaftlich bei der Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts.

Ich erinnere an Gerhard Finn. Gerhard Finn war von 1994 bis 2002 Bundesvorsitzender der UOKG. 1945 am ersten Weihnachtsfeiertag wurde er das Opfer einer Kettenverhaftung des sowjetischen Geheimdienstes. Der KGB verhaftete Personen, um sie so lange zu verhören, bis weitere Verdächtige benannt wurden. Mit den neuen Verdächtigen wurde die gleiche Methode praktiziert. Gerhard Finn wurde als sogenannter Werwolf eingeordnet. Wir wissen heute, daß diese Verhaftungen wahllos erfolgten. Nach endloser Untersuchungshaft, begleitet von Mißhandlungen wurde er im Mai 1946 in das Speziallager Buchenwald eingeliefert. Von dort wurde er 1948 schwer an Tuberkulose erkrankt entlassen. Gerhard Finn ging nach West-Berlin und engagierte sich zusammen mit Rainer Hildebrand in der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. Trotz seiner schweren Erkrankung baute er in Verbindung mit dem Roten Kreuz die Suchdienstkartei auf. Er knüpfte Kontakte zu ehemaligen Häftlingen und ermunterte sie, aktiv zu werden und In-

itiativen zu gründen. In seiner Zeit als Vorsitzender der UOKG stabilisierte sich deren Arbeit. Im Beirat der Gedenkstätte Hohenschönhausen trug er wesentlich zu deren starker Aussagekraft über das Unwesen des Kommunismus bei.

Ich erinnere an Horst Schüler. Horst Schüler wurde 1924 in Potsdam-Babelsberg geboren. Sein Vater war Sozialdemokrat und verstarb schon 1942 im KZ Sachsenhausen. Um weitere Verhaftungen in seiner, als NS-feindlich angesehenen Familie zu vermeiden, meldete er sich freiwillig für die Front. 1946 kehrte er aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft nach Potsdam zurück. Im November 1951 wurde er verhaftet, weil er sich weigerte, als Spitzel für den KGB tätig zu werden. Es folgten sechs Monate Untersuchungshaft im KGB-Gefängnis Lindenstraße Potsdam. Das Gefängnis, in dem er genau zehn Jahre zuvor als 17jähriger seinen dort inhaftierten Vater Fritz Schüler besuchte, einen verdienten Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Im März 1952 verurteilte ihn ein sowjetisches Militärtribunal wegen Spionage zu 25 Jahren Zwangsarbeit. Es folgte die Verschleppung in die Strafregion Workuta. 1955 kam er wie andere Gefangene durch das Engagement von Kanzler Adenauer frei. 1993 wurde Herr Schüler durch die russische Generalstaatsanwaltschaft rehabilitiert. Seit 1996 war er Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta, die bis heute in seiner Nachfolge eine herausragende Arbeit leistet. Von 2001 bis 2007 war Herr Schüler Vorsitzender der UOKG. Da ich die Ehre und das Vergnügen hatte, Horst Schüler kennen zu lernen, möchte ich anfügen, daß seine Geradlinigkeit und sein unerschütterliches Bekenntnis zur Demokratie mich stark beeindruckt haben. Von der Bundesrepublik Deutschland wurde er für sein Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse geehrt.


Ihm folgte Rainer Wagner als Bundesvorsitzender der UOKG. Rainer Wagner wurde 1951 in Weißenfels geboren. Er weigerte sich schon als Schüler beim Aufbau des Sozialismus mitzuwirken. Er verweigerte Jugendweihe, Freie Deutsche Jugend und erhob das Wort in der Schule gegen den SED-Staat. Schon mit 15 Jahren versuchte er seine erste Flucht und wurde zu 14 Monaten Haft verurteilt. 1968 wurde er entlassen, um zugleich erneut einen Fluchtversuch zu wagen. Von 1972 bis 1974 studierte er Theologie. Wegen der Erkrankung seines Sohnes konnte er 1984 in den Westen übersiedeln und engagierte sich in der Vereini-

gung der Opfer des Stalinismus. 1995 wurde Rainer Wagner rehabilitiert. Er ist ordinierter Pfarrer und ebenfalls Träger des Bundesverdienstkreuzes. Er trug wesentlich dazu bei, Mißstimmungen zwischen Opferverbänden zu klären und die Initiativen und Verbände zu einer verstärkten Zusammenarbeit zu bewegen. Unter



Zwischen den Redebeiträgen begleitete das Duett „Moon Glow“.

dem Vorsitz von Rainer Wagner nahm die Forderung nach dem Amt eines Opferbeauftragten ihren Anfang, nun haben wir eine Opferbeauftragte.

Meine Damen und Herren, wenn ich Sie am Leben meiner Vorgänger habe teilnehmen lassen, dann tue ich dies ausschließlich, weil ich ab und an zur Kenntnis nehmen mußte, wie abfällig diese verdienten Männer mit ihren Leistungen aber auch den Entbehrungen und Leiden, von dem einen oder anderen Mitbürger, darunter einige Wissenschaftler und Meinungsbildner, behandelt werden. Meine Vorgänger haben sich ab und an hart zu politischen Vorgängen und Sachverhalten geäußert. Aber diese Männer haben zu Verständigung und Demokratie mehr beigetragen als der eine oder andere Kritiker. Diese Männer und Frauen haben alles Recht der Welt, ihre mahnende Stimme zu erheben, wenn die Gefahr droht, Unrecht zu bagatellisieren und nachträglich vermeintlich begründend zu erklären. Ich danke an dieser Stelle, 30 Jahre nach Gründung der UOKG, diesen Männern und allen Frauen, die die Aufarbeitung des Unrechts in SBZ und DDR vorangebracht haben. Laßt uns gemeinsam die Kraft aufbringen, um diese Arbeit weiter zu leisten, den Respekt vor den Opfern zu verstärken, und laßt uns vor allem gemeinsam für unsere Demokratie eintreten. 

Der gescheiterte Idealist Isaak Nachman Steinberg

Ein Leben für das Judentum, den Humanismus und eine russische Revolution ohne Terror

Von Gabriel Berger

Teil II

Man könnte resümieren, der linke Sozialrevolutionär Isaak Nachman Steinberg sei als Anhänger und Verteidiger der Rechtsstaatlichkeit im Gegensatz zu dem Bolschewiken Lenin und seinen Jüngern in den kommunistischen Parteien der Welt ein sanfter Revolutionär gewesen. Der darin steckende Widerspruch war aber



Foto: Unbekannt

Fanny Kaplan, vor 1918.

ohne Frage die Wurzel des Scheiterns der Linken Sozialrevolutionäre in ihrem Flirt mit den skrupellosen bolschewistischen Partnern.

Als die Sozialrevolutionärin Fanny Kaplan am 30. August 1918 einen Schuß auf Lenin abfeuerte, wollte sie mit dieser Verzweiflungstat die bolschewistische Terrorherrschaft beenden. Lenin wurde schwer verwundet, überlebte aber das Attentat. Sie wurde am 4. September 1918 exekutiert. Lenin starb am 21. Januar 1924 an den Spätfolgen des Attentats. Auf die blutige Diktatur Lenins folgte nun die Schreckensherrschaft Stalins.

Es muß verwundern, daß der strikt auf Rechtsstaatlichkeit und einen „ethischen Sozialismus“, im Gegensatz zum terroristischen Bolschewismus, beharrende Isaak Steinberg einer der Führer des linken Ablegers der Partei der Sozialrevolutionäre gewesen ist, die den individuellen Terror als Kampfmittel nicht ausschloß. Steinberg begründete den individuellen

Terror der Sozialrevolutionäre damit, daß der einzelne Terrorakt im Zeichen von „Opfer“ und „Sühne“ einem religiösen Ereignis gleichzusetzen sei und keineswegs mit dem „Handwerk“ des Terrors verwechselt werden dürfe, das von den Bolschewiki praktiziert werde. Es wurde unter russischen Sozialrevolutionären eine geradezu mythische Verklärung des revolutionären Opfermuts gepflegt, des individuellen Kampfes und Todes für die Revolution, was eine Rechtfertigung von Akten individuellen Terrors einschloß, im Gegensatz zum organisierten staatlichen Terror, der strikt verworfen wurde, auch wenn er sich als sozialistisch etikettierte. Dieses in sich widersprüchliche Rechtsverständnis Isaak Steinbergs ist in den Jahren 1906–1910 während seines Jura-Studiums wesentlich von seinem Heidelberger Mentor und Doktorvater Gustav Radbruch geprägt worden, dem man allerdings nicht nachsagen kann, den individuellen Terror befürwortet zu haben. In einer 1912 gehaltenen Rede sagte Gustav Radbruch unter anderem: „...Wir bedürfen der Juristen aus Freiheitssinn als Vorposten des Rechtsstaates gegen den immer von neuem geborenen Polizeistaat.“ Nach dem Zweiten Weltkrieg beeinflusste Radbruchs Rechtsverständnis mit dem „Radbruchsatz“, der das national-sozialistische Recht als kodifiziertes Unrecht in Frage stellte, wesentlich die deutsche Rechtsauslegung:

„Bei Gesetzen, die grundlegenden Forderungen der Gerechtigkeit widersprechen, handelt es sich nicht um geltendes Recht, sondern um gesetzliches Unrecht, dem man den Rechtscharakter absprechen muß und demgegenüber man keinen Gehorsam schuldig ist.“

In diesem Sinne waren auch die willkürlichen Verhaftungen und Erschießungen seitens der Bolschewiken als eklatante Rechtsbrüche zu betrachten, ebenso die später von der Sowjetmacht erlassenen Gesetze, die alle bürgerlichen Freiheiten der Sowjetbürger aufhoben, zur Deportation von Millionen wirklichen und vermeintlichen Gegnern in Straflager, zum Aushungern von nicht kooperationswilligen Bauern und zum Massenmord in unvorstellbaren Dimensionen führten.

Radbruchs Rechtsphilosophie hat neben der jüdischen Ethik wesentlich das Denken Isaak Steinbergs geprägt. Der Titel seiner von Gustav Radbruch betreuten Dissertation, mit der Steinberg 1910 in Heidelberg promovierte, lautete: „Die Lehre vom Verbrechen im Talmud. Eine juristisch-dogmatische Studie.“ Steinberg kehrte nach der Promotion nach Rußland zurück, arbeitete in Moskau als Rechtsanwalt und gehörte zur Führungsspitze der Sozialrevolutionären Partei, die ihre Massenbasis bei den Bauern hatte. Nach dem zunächst auch von den linken Sozialrevolutionären unterstützten bolschewistischen Putsch vom Oktober 1917, der bis heute von den Linken der ganzen Welt verklärend als „Oktoberrevolution“ gefeiert wird, versuchte Steinberg als Justizminister in Lenins Regierung vergeblich, die Wiederherstellung des Rechts in Sowjetrußland durchzusetzen. Der Tyrannenmord mag ihm damals, 1918, als letztes Mittel erschienen sein, um die Willkürherrschaft der Bolschewiken zu beenden, ebenso wie später in Nazideutschland ein gelungenes Attentat auf Hitler die Nazi-herrschaft hätte beenden können. Beide sind, wie wir wissen, gescheitert.

Steinbergs Slogan vom „ethischen Sozialismus“ könnte den Prager Reformkommunisten Pate gestanden haben, die 1968 vergeblich versucht hatten, in der Tschechoslowakei einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu etablieren, in welchem die Bürger einen juristisch verbürgten Schutz vor der Willkür des Staates haben würden. Ihr Gesellschaftsexperiment wurde durch sowjetische Panzer und Truppen der Warschauer Vertragsstaaten gewaltsam beendet. Daß Rechtsstaatlichkeit in einem sozialistischen System durchsetzbar ist, ist bislang von der Wirklichkeit widerlegt worden. Der Traum vom guten, humanen Sozialismus geistert heute noch immer durch die Welt.

Gehören die Juden nach Palästina/Israel?

Im Gegensatz zu Isaak Steinberg, der trotz seiner sozialrevolutionären, rebellischen Haltung bis zum Lebensende nie die jüdische Religion verleugnete und im Gegenteil, selbst im russischen Gefängnis

die jüdischen Gebote befolgte und sich ohne Scheu die Gebetsriemen, die Tefillin, anlegte, verwarf mein Vater schon nach der Bar Mitzwa, als Dreizehnjähriger, den Glauben an Gott. Im erwachsenen Alter, als Kommunist, ist er, wie die Bolschewiken, ein militanter Atheist geworden. Jede Religion, auch die jüdische, betrachtete er als ein Relikt des Mittelalters, das auf dem Weg zu dem auf moderner Wissenschaft basierenden Sozialismus radikal zu bekämpfen sei. Nach Steinbergs Auffassung dagegen kollidierten der jüdische Glaube und die jüdische Praxis, gemäß den Ideen der jüdischen Aufklärung Haskala, nicht mit der modernen Wissenschaft. Zudem ging Steinberg in seinem politischen Handeln immer davon aus, daß es eine Identität zwischen dem moralischen Programm des Sozialismus und dem Judentum gebe, wie es in der Thora und im Talmud niedergeschrieben sei.

Doch in einem Punkt kamen sich beide, der linke Sozialrevolutionär und der Kommunist, zumindest sehr nah: Beide hatten eine kritische Haltung gegenüber dem Zionismus, als einer jüdischen Ausprägung des ihnen verhaßten Nationalismus. Denn für Steinberg war es wie für meinen Vater selbstverständlich, daß ein Jude in mehreren Kulturen lebt und sich nicht im Judentum einigelt. Doch während der eher kompromißbereite und mit der jüdischen Tradition und Religion intellektuell und emotional verbundene Steinberg bereit war, einen jüdischen Staat in Palästina unter der Voraussetzung gleicher Rechte für die Araber zu akzeptieren, lehnte mein kommunistischer Vater schon die Idee der Ansiedlung von Juden in Palästina ab, weil sie ihre Legitimität aus der Thora ableitete. Man könne, so argumentierte er, eine moderne Welt nicht auf dem Fundament alter Mythen aufbauen, zu denen er die Thora zählte. Die Lösung des Problems der Verfolgung und Diskriminierung der Juden in der Diaspora sah mein Vater als Kommunist nicht in der Auswanderung, sondern in der Auflösung von Nationen, die in der kommunistischen Zukunft erfolgen und damit auch den Antisemitismus verschwinden lassen würde. Steinberg dagegen akzeptierte nach 1948 wegen der Shoah die Realität der Existenz Israels, meinte aber, daß der permanente Krieg der jüdischen Einwanderer mit den Arabern den Staat Israel seiner jüdischen ethischen Wurzeln beraube.

Den Zionisten warf Steinberg vor, ein politisches, aber kein ethisches Programm zu haben. Anlässlich der Konferenz der Blockfreien Staaten im indonesischen

Bandung im Jahre 1955, zu der Israel ausdrücklich nicht eingeladen wurde, äußerte Steinberg, das jüdische Volk habe in Israel sein eigenes geschichtliches Gesicht verloren und sei wie die übrigen Völker geworden, wie die führenden Nationen des Westens. Aber gerade die seien von zu vielen gehaßt. Steinberg hatte für die Juden eine andere, wie er meinte humanistische, Option bevorzugt, die zu seinem Bedauern nicht zum Erfolg geführt hatte. Es war der Plan der Ansiedlung der Juden im dünn besiedelten Gebiet Kimberley in Nordwestaustralien. Dort sollten die vorwiegend aus Osteuropa stammenden Juden mit jüdischer kultureller und religiöser Autonomie und Jiddisch als Kommunikationssprache leben. So wollte Steinberg die osteuropäische jüdische Tradition vor dem Untergang bewahren, dem sie auch in einem zukünftigen Staat Israel, mit Hebräisch statt Jiddisch als Landessprache, geweiht sein würde. Doch nach jahrelangen intensiven und zunächst erfolgversprechenden Verhandlungen lehnte die australische Regierung Steinbergs Ansiedlungsprojekt 1944 endgültig ab, nicht zuletzt deshalb, weil sie ein ethnisch homogenes Land anstrebte, ohne national und kulturell autonome Enklaven von Einwanderern.

Was blieb, war Enttäuschung

Die fast vollständige Vernichtung eines Großteiles der Juden Osteuropas, darunter der als besonders klug und stolz geltenden Litwaken, der litauischen Juden, durch die Nationalsozialisten und ihre Helfer hat Steinberg, der auch zahlreiche Verwandte verlor, tief in der Seele verletzt. Trotz oder vielleicht gerade wegen seiner Verwurzelung im Judentum war Steinberg ein Kosmopolit. Und seit der Kindheit waren, neben Jiddisch und Russisch, die deutsche Sprache und die deutsche Kultur ein wesentlicher Teil seiner Identität. Der Einfluß seines deutschen Mentors und Doktorvaters Gustav Radbruch war von zentraler Bedeutung für sein Rechtsempfinden und sein Festhalten als Revolutionär und Jurist am Prinzip der Rechtstaatlichkeit. Doch die Naziherrschaft vernichtete gerade in Deutschland restlos die Rechtstaatlichkeit, sie verantwortete und legitimierte die größten Menschheitsverbrechen. Deutschland war für Steinberg gestorben. Wie damals viele Juden weigerte er sich nach dem Krieg Deutsch zu sprechen und betrat nie mehr den Boden Deutschlands.

Isaak Steinberg war der seltene Fall eines Juden, der trotz seiner linken, sozialrevo-

lutionären Einstellung religiös geblieben war. Das war in seiner Zeit absolut unüblich. Es gab viele Juden, die sich der sozialen Revolution verschrieben. Die meisten von ihnen wurden, wie mein Vater, strikte Atheisten. Sie verachteten alle Religionen als Relikte der archaischen Vergangenheit. Steinberg dagegen las aus den jü-

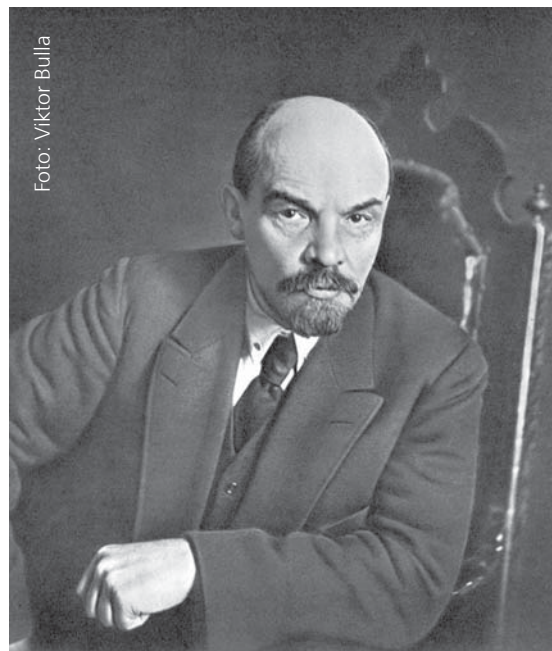



Foto: Viktor Bulla

Lenin, 1921.

dischen religiösen Texten Ideen sozialer Gerechtigkeit heraus, die seiner Meinung nach nur in einem die individuelle Freiheit und die Rechtstaatlichkeit respektierendem Sozialismus zu verwirklichen seien.

Isaak Steinberg korrespondierte mit den weltweit größten Geistern seiner Zeit. Er hatte große Ideen für die Juden und für die Menschheit und ist mit ihnen grandios gescheitert. Weder sein ethischer Sozialismus noch sein Plan der Ansiedlung von Juden in Australien ließen sich verwirklichen.

Die Geschichte ist mit gescheiterten Persönlichkeiten nicht gnädig. Sofern sie nicht wie Hitler eine unauslöschliche Blutspur hinterlassen haben, geraten sie meist in Vergessenheit. So auch der für Rechtstaatlichkeit im Sozialismus kämpfende Isaak Steinberg, im Gegensatz etwa zu Felix Dzierżyński, dem Gründer der für den bolschewistischen Terror verantwortlichen Sonderpolizei Tscheka, und natürlich zu Lenin und Stalin. Doch für die Erinnerung sind die Nachkommen verantwortlich. Vieles spricht dafür, sich Isaak Nachman Steinbergs, des unermüden jüdischen Revolutionärs, des Kämpfers für individuelle Freiheit und Rechtstaatlichkeit, heute zu erinnern. 

Das Jugendhaus für Frauen in Hohenleuben

Von Christian Sachse

Die DDR war voll von Gefängnissen. Das ist kein „gefühltes Urteil“. Es läßt sich belegen. Im Jahr 1975 lag die Häftlingsquote in der Bundesrepublik bei 80 Inhaftierten auf 100 000 Einwohner. In der DDR gab es im selben Jahr 280 zu Freiheitsstrafen verurteilte Gefangene auf 100 000 Einwohner. Zählt man die Insassen von Arbeits-erziehungslagern hinzu, waren es 350. Die Zahl der Inhaftierten in der DDR – pro Kopf gerechnet – war also mehr als drei bis vier Mal so hoch wie in der Bundesrepublik. Eine durchgängige Statistik über den

In weiteren Gefängnissen gab es Frauen-abteilungen, weil man die gefangenen Frauen als besonders billige Arbeitskräfte im Innendienst brauchte. Sie alle tauchen in der öffentlichen Wahrnehmung so gut wie nicht auf.

Auch die Strafvollzugseinrichtung Hohenleuben ist bis heute kaum bekannt. Forschungsergebnisse gibt es eher nebenbei. Monographien existieren nicht. Die StVE fungierte nicht nur als Frauengefängnis, sondern auch als sogenanntes Jugendhaus für weibliche Jugendliche. Jugendhäuser werden bis heute selbst von versierten Historikern mit Jugendwerkhöfen verwechselt. Jugendhäuser waren nach § 75 des Strafgesetzbuches der DDR (1968) Strafvollzugsanstalten mit einem besonderen pädagogischen Auftrag zur Umerziehung verurteilter jugendlicher Straftäter.

Sie unterstanden wie die anderen Gefängnisse auch dem Ministerium des Innern der DDR. Das Besondere an dieser Form der Jugendhaft war, daß sich Verurteilte nicht darauf verlassen konnten, nach Verbüßung der im Urteil festgelegten Strafe entlassen zu werden. Eine Entlassung erfolgte erst, wenn ein Gericht das Eintreten des „Erziehungserfolges“ konstatiert hatte.

Die erste, dem Autor bekannte Erwähnung des Gefängnisses Hohenleuben im Land Thüringen (später Bezirk Gera, Kreis Zeulenroda) nach Kriegsende stammt vom September 1949. Zunächst gehörten Frauen wie Männer zu den Insassen. Auch wurden Frauen eingeliefert, die zu Haftarbeit verurteilt waren. Die Haftarbeitslager waren zu dieser Zeit überfüllt. Bereits zu Anfang der 1950er Jahre ist Zwangsarbeit der inhaftierten Frauen in einer Maschinenweberei dokumentiert. In den 1960er Jahren kam die Arbeit in der Jute-spinnerei Triebes und in den Keramischen Werken Hermsdorf hinzu. Gearbeitet wurde auch für das Möbelwerk Zeulenroda. Die baulich relativ kleine Strafvollzugseinrichtung verfügte über 600 Haftplätze.

Diese kamen dadurch zustande, daß nach den DDR-Regeln jedem Strafgefangenen nur 3,9 Quadratmeter Lebensraum zugestanden wurden. Es gibt einige Hinweise, daß in Hohenleuben ein Schwerpunkt für die Einweisung politisch inhaftierter

Frauen war. Rund die Hälfte der inhaftierten Frauen sollen zumindest zeitweise „Politische“ gewesen sein. Zeitzeuginnen berichten in den 1980er Jahren von körperlicher Schwerstarbeit: „Von einem Wächter erfuhr ich, daß wir für IKEA und Quelle arbeiten würden. Ich konnte meine Finger nicht mehr spüren. Ich hatte in der Haft viel abgenommen und wog nur noch 45 kg. Ich schaffte die Arbeit nicht, eine Mitgefängene half mir. Sie und ich wurden bestraft, keine Post, keine Effekten.

Arbeit war körperlich schwer und die Maschinen laut. Ich habe einen Hörverlust von 20 Prozent. Während dieser Zeit bekam ich auch Herzschmerzen. Ich hatte hohen Blutdruck und bekam Medikamente (Krankenakte), welche Medikamente das waren, weiß ich nicht. Norm habe ich nie geschafft. Strafe: Post der Tochter erst verspätet bekommen. Keine persönlichen Dinge aus den Effekten. Gehalt: 5 Mark monatlich. Die politisch inhaftierten Frauen bekamen Hormone, so daß ca. 90 Prozent keine Menstruation hatten. Hinweise, daß bei Frauen die Menstruation unterdrückt wurde, gibt es auch aus Hoheneck und dem „Roten Ochsen“. Sie wurden – soweit ich sehe – bis heute nicht untersucht.

„Frauen kippten während der Arbeit wegen zu hoher Belastung um. Hilfe durfte keine geleistet werden. Päckchen von der Familie mit warmen Strumpfhosen wurden gezeigt, durften aber nicht mitgenommen werden. Einkauf und Effekten war gestrichen.“

Gemeldet haben sich bei der UOKG in den letzten Jahren drei Zeitzeuginnen, die in Hohenleuben inhaftiert waren. Verurteilt wurde 1984 eine 34jährige Frau wegen „Republikflucht“. Das Alter belegt, daß die StVE zu diesem Zeitpunkt nicht nur als Jugendhaus genutzt wurde, sondern auch als reguläres Frauengefängnis. Ebenso dem Jugendalter entwachsen war eine zweite Inhaftierte, die wegen angeblicher Mitwisserschaft bei einem geplanten Fluchtversuch ihres Ehemanns verurteilt wurde.

Die dritte Zeitzeugin wurde wegen politischer Aktivitäten auf Grund ihres Ausreisearbeitstitels inhaftiert.

Die Zeiten der Erforschung des SED-Unrechtes sind also noch lange nicht abgeschlossen. Mitunter schreiben junge Studentinnen und Studenten ihre Abschlussarbeit zu einer Strafvollzugseinrichtung. Hohenleuben wäre ein wichtiges Thema.

(Quellen beim Autor)



Justizvollzugsanstalt Hohenleuben in Thüringen, 2018.

Anteil der gefangenen Frauen in der SED-Diktatur liegt anscheinend bisher nicht vor. In den 1950er und 1960 Jahren schwankt ihr Anteil zwischen 10 und 20 Prozent. Im Jahr 1953 waren 12 000 Frauen inhaftiert, im Jahr 1964 waren es 2 200. In den Arbeitserziehungslagern lag der Anteil der Frauen bei bis zu 30 Prozent.

Allein diese Zahlen legen die Vermutung nahe, daß es in der DDR eine größere Anzahl an Frauengefängnissen gegeben hat. Schaut man auf Google, einen doch recht verlässlichen Indikator für die öffentliche Wahrnehmung, dann trifft man vorwiegend auf Hoheneck. Man muß schon sorgfältig blättern, um auf weitere Frauengefängnisse und Arbeitslager zu stoßen. Nur einige seien genannt. Es handelt sich u. a. um die Strafvollzugseinrichtungen Berlin II (Barnimstraße), Berlin-Grünau, Bützow-Dreibergen, Dessau-Wolfen, Grünhain (Sachsen), Halberstadt (Haftarbeitslager), Halle (Roter Ochse), Heidekrug (Lager in Brandenburg), Markkleeberg, Morgenrot (Lager bei Quedlinburg).

Gesicht zur Wand

Meine persönlichen Eindrücke, Fragen, Gedanken und Schilderungen anlässlich meines Besuchs „70 Jahre Frauenzuchthaus Hoheneck“ mit Gesprächen vor Ort am Sonntag, dem 26.9.2021.

„Sie haben mir gesagt, ich soll schweigen – also habe ich geschwiegen.“ Diese Worte einer ehemaligen politischen Inhaftierten hallen lange in meinen Ohren nach, da habe ich das Gelände des Frauengefängnisses Hoheneck (Stollberg/Sachsen) schon lange verlassen. Sie haben geschwiegen. Jahre, ja Jahrzehnte war ihnen das Schweigen – über die unmenschlichen Repressalien, die sie dort überlebt haben – staatlich verordnet wurden. Nach dem Ende der DDR haben viele lange geschwiegen, vielleicht aus Scham, wahrscheinlich aus innerer Angst und vor allem höchstwahrscheinlich aus einem tiefen, markerschütternden Trauma heraus.

Um mich herum auf dem Hof des Gefängnisses sitzen Frauen mit freundlichen Gesichtern, grauen oder überfärbten Haaren, Frauen mit ihren eigenen Biographien und Erinnerungen. Einige kennen sich (seit Jahren). Sie kommen heute aus Brandenburg oder Hessen oder Baden-Württemberg, Sachsen, oder, oder...; früher wohnten sie alle in der DDR. Jede dieser Frauen ist einzigartig, und dennoch haben sie eines gemeinsam: Sie alle haben im berühmtesten Frauengefängnis Hoheneck eingesessen wegen Republikflucht, Fluchtversuch, Mitwisserschaft usw. Sie alle waren politisch Inhaftierte in Hoheneck.

„Ich war 16.“ „Ich wurde ruhiggestellt.“ „Ich wurde mit Bettlaken am Bett fixiert.“ „Ich habe nur nach meiner Mama geschrien, sie soll mich hier rausholen.“ „Ich weiß nicht, wie lange ich in der Arrestzelle (ohne Tageslicht, im Keller) war. Ohne Toilette. Nur ein Kübel.“ „Ich war 19.“ „Es gab hier keine Menschlichkeit in Hoheneck.“ „Sie nahm einfach meine langen Haare und schnitt sie ab.“ „Wir hatten eine halbe Stunde Hofgang am Tag.“ „Ich war 21.“ „Wir hatten keine Fenster, nur Glasbausteine und einen Spalt von zehn Zentimetern Frischluft.“ „Es gab hier nie warmes Wasser. Wir wurden unter die eiskalten Duschen gestellt.“ „Zwei Briefe, eine Seite pro Monat durfte ich schreiben.“ „22, 24 waren wir auf einer Zelle. Ich lag am Boden auf einer Matratze.“ „Mein Freund, der

Vater meines ungeborenen Kindes hat mich verraten.“ Wir wußten nicht, wo wir waren, als wir ankamen.“ „Gesicht zur Wand.“ „Sie haben mir mein Kind abgetrieben.“ Ich höre den Schmerz in den Erinnerungen. Ich weiß, daß die Frauen hier zu dem gemacht wurden, was sie sind, teils gebrochen, traumatisiert, aber einige inzwischen stark genug, einen Verein zur Aufarbeitung zu gründen (dazu später ein Link), was ich hiermit auch gern würdigen und öffentlich machen möchte.

Die Geschichten und Erinnerungen der Frauen verschwimmen zu einer emotionalen, erschütternden Welle. Diese Welle erwischt mich tief im Herz und bleibt im Kopf. Der Verstand kennt die Geschichte aus Büchern – klar. Er weiß, was das politische System der DDR war, was eine Diktatur kennzeichnet. Aber der Verstand kann kaum erfassen, was das Herz in diesem Moment verspürt. Vielleicht zwanzig oder dreißig Minuten waren wir im Inneren des Gefängnisses, im Inneren des roten Backsteinschlusses, das über der sächsischen Kleinstadt Stollberg trotzig thronet. Minuten, in denen ich die körperliche Kälte bereits aufsteigen spürte. Kalte Mauern. Es waren nur kalte Mauern – ohne Gebrüll, Würdelosigkeit und Unterdrückung. Es waren nur die kalten Mauern an einem warmen Sommertag. Im Keller des Hauptgebäudes, wo die Dunkelarrestzellen und die Naßzelle waren, leuchte ich mit meiner Handylampe hinein. Nichts als kalte Dunkelheit. Nichts als eiskalte Mauern. „Stell dir das im Winter vor, wenn das Eiswasser von den Wänden läuft“, sagt mir eine Frauenstimme in der Dunkelheit.

Die Führung macht ein Mann in meinem Alter – etwas älter vielleicht – in der Hand ein Schlüssel mit rotem Bändchen. Er sei in Stollberg aufgewachsen, Verwandte von ihm hätten hier auch gearbeitet. Ich stutze. Er hat irgend etwas mit den Umbaumaßnahmen zu tun, aber scheint weit weg von historischer Aufarbeitung zu sein. Und er teilt uns zu Beginn gleich mit, daß er um 12.00 Uhr am Mittagstisch sitzen wolle, man hätte eine Familienfeier. Ich schnaufe durch. Immer wieder während der Führung schnaufe ich durch. 30 Jahre nach dem Ende der DDR-Diktatur und die Stadt Stollberg, das Land Sachsen, die Bundesrepublik Deutschland läßt den Ort, der erinnern und mahnen sollte und könnte, verfallen. Innerlich wie äußerlich verfallen – Es ist von einer in-

tensiven Aufarbeitung des Gefängnisses, in dem u.a. politische Gefangene saßen, nichts zu sehen – 30 Jahre! Und da steht ein Mann inmitten des Gefängnisses und ich sehe, wie er die Augen verdreht, wenn er hört, was manche Frauen erzählen. Und ich denke mir, wieder nimmt man ihnen inmitten der Gefängnismauern ihre Würde. Und ich schnaufe durch. Wir stehen vor ca. 20 Zellentüren, neben uns eine große Metalltreppe, der Handlauf weiß bemalt und verschnörkelt – was für ein absurdes Detail hier in diesem Gefängnis. Zwei Frauen (ehemalige Inhaftierte) gehen die Treppe hoch und wollen ihren (inzwischen erwachsenen) Kindern ihre Gemeinschaftszelle zeigen. Wollen ihren Kindern ihre Geschichte zeigen. Ich schaue mir derzeit die Zellen an

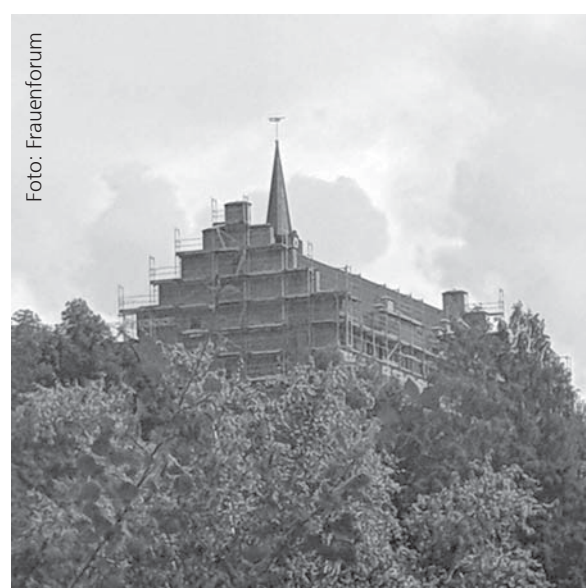


Foto: Frauenforum

Eingerüstet das ehemalige Frauenzuchthaus Hoheneck.

und spüre wieder diese kalten Mauern, deren Farben inzwischen abblättern und verblassen. So wie auch Erinnerungen verblassen können – manchmal. Nur eben nicht die der Frauen, die von dem Ort immer wieder eingeholt werden. Der Mann schaut auf die Uhr und sagt: „Ich muß zum Essen. Ich schließ jetzt zu.“ Ich schnaufe noch tiefer durch und fühle die Wut auf diese Ignoranz. Von oben höre ich, wie eine Mutter ihrem Sohn erklärt, wie ihre Zelle aussah, wo ihr Bett war. Er ist zum ersten Mal mit seiner Mutter in Hoheneck. Er sieht zum ersten Mal ihre Geschichte. Und dann. Der Mann nimmt seinen Schlüssel, der am roten Bändchen flattert, und klopft damit gegen die Metalltreppe und ruft genervt: „Ich schließ jetzt zu!“ Diesmal schnaufe ich nicht mehr durch, dieses Mal bricht mein Unmut laut und deutlich aus mir heraus. Ich schließ zu, was für ein Hohn. Ich schließ zu, was für eine Respektlosigkeit. Ich nehme mir



die Freiheit, meine Fassungslosigkeit zu äußern, denn wieder nimmt man den Frauen ihre Würde und ihre Stimme.

Ich frage mich in dem Moment: Wo sehe ich, 30 Jahre nach dem Ende der DDR, daß man hier den Frauen, vor allem den politischen Gefangenen, ihre Würde wieder gibt, wo sind die äußerlichen Zeichen für inneren Respekt und die Anerkennung für die Opfer der SED-Diktatur, die zu Tätern und Kriminellen stigmatisiert wurden? Das Gefängnis Hoheneck war einst größter Arbeitgeber der Stadt Stollberg, höre ich. Ich muß nicht Mathematik studiert haben, um eins und eins zusammen zu zählen. Ich frage mich: Stiehlt sich ein Ort hier aus der Verantwortung, hier leben wahrscheinlich noch viele ehemalige Wärterinnen, Wärter und Handlanger des DDR-Systems; scheut man hier eine Aufklärung und Auseinandersetzung, anders als z. B. in Berlins (Hohenschönhausen) Anonymität der Großstadt? In welchem Verhältnis stehen hier Täterschutz und Opferschutz? 30 Jahre nach dem Ende der DDR?

Später. Ich sitze draußen auf dem Vorhof und höre den Frauen, den ehemaligen Frauen aus Hoheneck, zu. Die Sonne strahlt mir an diesem Septembertag mit all ihrer verbleibenden Kraft ins Gesicht. Wo nehmen diese Frauen ihre Kraft her? „Ich habe meine Erlebnisse und Erinnerungen lange abgespalten, damit ich überlebe“, höre ich. „Es braucht mentale Stärke, das hier zu überstehen“, erzählt eine andere und deutet auf den Zellen-trakt. Ich habe tiefe Ehrfurcht vor ihren Erinnerungen. Ich spüre, wie wütend, schmerzlich und traurig erzählt wird und höre auch, wie abgeklärt der Austausch stattfindet. Sie saßen ein, weil sie Freiheit wollten. Sie saßen ein, man nahm ihnen ihre Würde und ihre Freiheit, weil sie in Freiheit leben wollten. Man hat sie zum Schweigen gebracht. Und es wird Zeit, daß man ihren Stimmen würdevoll und respektvoll zuhört, den politischen Gefangenen, den Frauen von Hoheneck.

Hier der Link des Vereins, gegründet von Ehemaligen und heutigen Zeitzeugen:

Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.
www.verfolgteddrrfrauen.de

Warum ich das geschrieben hab? Weil mir das unheimlich nachging. Und ich war nur unbeteiligte Besucherin.

Doreen Sölter

Wie künftig aufarbeiten?

Die VOS Bezirksgruppe Chemnitz – Stollberg – Hohenstein-Ernstthal blickte in ihrer Jahreshauptversammlung auf 30 Jahre spannendes Vereinsleben und wünschte sich für die Zukunft gemeinsame Stärke. Am 6. November 2021 folgten mehr als 20 Personen, darunter mehrheitlich Vereinsmitglieder, der Einladung der hiesigen Bezirksgruppe in die Ratsstube Chemnitz.

Nach der Begrüßung durch Vorsitzenden Holker Thierfeld richteten Hanka Kliese (MdL, SPD), Dr. Nancy Aris (Sächsische Landesbeauftragte), Detlef Müller (MdB, SPD), Almut Patt (Chemnitzer Stadträtin, CDU), Hugo Diederich (VOS-Bundesvorsitzender) und Heinz Galle (Landesver-

eigenen familiären Erinnerungen. Für sie sei es „immer wieder eine bewegende Erfahrung, wenn wir mit Menschen wie Ihnen zusammenkommen können“ und mahnte: „Erinnern darf nicht aufhören.“

Anschließend berichtete Hugo Diederich vom Bundeskongreß in Friedrichroda. Der VOS-Bundesvorsitzende ging kurz auf die Entwicklung des Vereins ein, von den Gründungsmotiven über die Mitgliederzahlen bis hin zu den künftigen Aufgaben. Dazu gehöre – darin waren sich die Anwesenden einig – vorrangig die politische Bildungsarbeit. Diese solle Jugendliche vor allem in ihrer demokratischen Haltung stärken, so Holker Thierfeld. Anhand eines



Jahreshauptversammlung in der Ratsstube Chemnitz.

band Sachsen) teilweise sehr persönliche Grußworte an die Gäste im festlich geschmückten Saal.

Was sie alle in ihren Redebeiträgen aufgriffen, war die Frage, wie künftig mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur umzugehen sei. Hanka Kliese, die unterstützt die VOS seit vielen Jahren in und um Chemnitz, betonte die herausragende Rolle der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen innerhalb des Aufarbeitungsprozesses und den enormen Stellenwert eines würdigen Gedenkens. Frau Dr. Aris knüpfte an den Gedanken an. Es sei erforderlich, zentrale Orte des Unrechts als Lernorte auszubauen und die Art der Wissensvermittlung an die jungen Generationen mehr in den Blick zu nehmen. Detlef Müller, ein enger Freund der VOS, sprach sich für eine verstärkt parteiübergreifende Zusammenarbeit aus. Er sei „heilig froh, alle gesund zu sehen“. Almut Patt, seit Anfang der 1990er Jahre wohnhaft in Chemnitz, erzählte von den

bildhaften Vortrages nahm er mit den Anwesenden Rückblick auf 30 spannende und erfolgreiche Jahre. So wie sich die VOS insgesamt wandelte, so veränderte sich das Aufgabengebiet der VOS im Raum Chemnitz seit den 1990er Jahren. Während es in den Anfangsjahren primär darum ging, den Betroffenen Hilfestellung bei der Akteneinsicht und der Rehabilitierung zu geben, kümmerte sich die VOS in den Folgejahren mehr und mehr um eine lebendige Erinnerungskultur in der Stadt. Die Bezirksgruppe wird ihre Arbeit fortsetzen, indem sie das in der SBZ und in der DDR verübte Unrecht aufarbeitet und im Stadtbild weiterhin Präsenz zeigt. Dabei wird der künftige Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis ihr immer eng verbunden und um gute Zusammenarbeit bemüht sein. Gemäß dem Ausspruch unseres Kameraden Wolfgang Altmann, der in einer Sitzung sagte: „Gemeinsam sind wir stark.“

Steffi Lehmann

Zersetzung – Psychologie im Auftrag

Halle-Forum 2021

Am 21. und 22. Oktober fand das diesjährige Halle-Forum zum Thema „Zersetzung – Psychologie im Auftrag der Staatssicherheit“ statt, das von der Gedenkstätte Roter Ochse, der Landesbeauftragten Sachsen-Anhalts und der Landeszentrale für politische Bildung von Sachsen-Anhalt organisiert und durchgeführt wurde. Nach den einführenden Grußworten u.a. von Mark Reichel (LpB Sachsen-Anhalt) und Anne-Marie Keding (Vizepräsidentin des Landtages) wurden dem Publikum und den Livestream-Zuschauern die Methoden und Auswirkungen von Zersetzungsmaßnahmen anhand von Fachvorträgen, Buchlesungen und Podiumsgesprächen erläutert.

So stellte Ass.-Prof. Dr. Dr. Martin Wieser in Form eines Zwischenberichts das noch bis 2023 laufende Forschungsprojekt der Sigmund Freud Privat-Universität Berlin mit dem Titel „Theorie, Praxis und Konsequenzen der Operativen Psychologie“ vor. Im Rahmen dieses Forschungsprojekts soll u.a. die Frage geklärt werden, wie weit die Staatssicherheit die wissenschaftliche Psychologie als Grundlage für die Entwicklung der Operativen Psychologie verwendete. Zu den herangezogenen Quellen gehören neben den Akten des Stasi-Unterlagen-Archivs die Unterlagen der Juristischen Hochschule der Staatssicherheit und der Universitäten in Dresden, Leipzig, Berlin und Jena, an denen Psychologie gelehrt wurde, auch die Befragung von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen auf der Opfer- wie auch auf der Täterseite. Nach bisherigem Forschungsstand konnte ermittelt werden, daß der seit 1965 errichtete Lehrstuhl für Operative Psychologie an der Juristischen Hochschule der Staatssicherheit in Potsdam Golm/Eiche über zehn Mitarbeiter verfügte und die zu belegenden Semesterwochenstunden der Studierenden nur ca. 5 Prozent des Gesamtstudiums ausmachten. Die Operative Psychologie beinhaltete demnach nicht nur die Methoden der Zersetzung, sondern auch die Auswahl und Führung der sogenannten Kader, die Vernehmungs- und Haftmethoden und die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern. Insbesondere die IM-Arbeit in ihrer wechselseitigen Beziehung zwischen hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern erläuterte der Vortragende näher und führte hier die Problemfelder der Entgrenzung, der Asymmetrie von

Wissen und Macht, der gegenseitigen Abhängigkeit, der Emotionalität, der Empathie, der Ähnlichkeit mit einem Vertrauensverhältnis und der gezielten Dauerhaftigkeit eines solchen Verhältnisses an und bezeichnete sie als „mikrototalitäre“ Praxis. Dabei stellte er heraus, daß nach bisherigem Forschungsstand die Vermittlung des Wissens an die zuständigen Stasi-Mitarbeiter vielmehr anhand von Praxisbeispielen und weniger mittels theoretischer und/oder wissenschaftlicher Konstrukte erfolgte. Es bleibt daher abzuwarten, welche weiteren Erkenntnisse das Forschungsprojekt im Jahr 2023 als Ergebnis vorlegen wird.

Die Methoden der Staatssicherheit sind dank der bereits 2002 erschienenen Publikation von Dr. Sandra Pingel-Schliemann „Zersetzung – Strategie einer Diktatur“ zumindest unter Fachleuten und zahlreichen Betroffenen hinlänglich bekannt. Um so mehr kann man der Autorin nur danken, daß sie dem Publikum des Halle-Forums diese Methoden praxisnah anhand des eindrücklichen Falles der Kinderärztin Karin Ritter nochmals verdeutlichte. Die wegen ihres Engagements u.a. in der kirchlichen Friedensbewegung bespitzelte und seit 1979 den Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit ausgelieferte Kinderärztin beging als Folge dessen einen erfolgreichen Suizid im November 1990. Wie viele Menschen letztendlich von den Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit betroffen waren, ist bis heute nicht wissenschaftlich untersucht worden und stellt nach

Meinung der Vortragenden ein seit Jahren zu tilgendes Forschungsdesiderat dar. Weiterhin führte sie aus, daß die einzelnen Maßnahmen in den Operativen Vorgängen (OV) der Betroffenen sehr unterschiedlich, zum Teil unzureichend oder gar nicht als konkreter Zersetzungsplan dokumentiert sind und somit für eine seit 2019 mögliche Antragstellung (Einmalzahlung i.H.v. 1.500 Euro) als Beweis nicht ausreichend seien. Weiterführend stellte die Vortragende das „Nichtwissen“ und „Wissen“ der Opfer hinsichtlich der Verursacher von Zersetzungsmaßnahmen problematisierend gegenüber. Dabei führte sie aus, daß das von der Stasi gewollte „Nichtwissen“ der Opfer über die Ursachen ihrer Erlebnisse bis heute anhält und nur durch eine intensive Beschäftigung mit dem eigenen OV in „Wissen“ umgewandelt werden kann. Allerdings, so stellte sie kritisch fest, birgt diese Auseinandersetzung mit den eigenen Akten auch immer die Gefahr einer Retraumatisierung der Betroffenen. Daraus schlußfolgernd spricht sich die Vortragende abschließend für eine grundsätzliche Anerkennung der Opfer von Zersetzungsmaßnahmen ab 1976 aus, vorausgesetzt, es liegt ein OV zu der Person vor. Dieser Vorschlag wurde vom Publikum zustimmend mit Applaus gewürdigt.

Den Ausklang am Donnerstagabend gestaltete Lothar Rochau mit einer Lesung zu seiner Biographie „Marathon mit Mauern. Mein deutsch-deutsches Leben“, die 2021 im Mitteldeutschen Ver-



Vortrag von Dr. Sandra Pingel-Schliemann.

lag erschienen ist. Durch seine unterhalt-same Vortragsart nahm er das Publikum mit auf eine Reise durch sein bewegtes Leben. Als auslösendes Moment für sein unangepaßtes Leben in der DDR nannte er seine Erlebnisse während des Grundwehrdienstes bei der Nationalen Volksarmee in Eggesin. Nach einer vierjährigen Ausbildung zum Diakon der Evangelischen Kirche trat er als Jugenddiakon im Bereich der Offenen Arbeit in Halle-Neustadt seinen Dienst an. Aber auch im geschützten Raum der Kirche wandte die Staatsicherheit ihre Methoden an, die Lothar Rochau neben dem gängigen Begriff der Zersetzung auch als Differenzierungsmaßnahmen bezeichnete und infolgedessen er aus dem Kirchendienst entlassen wurde. Die weiteren Stationen seines Lebens skizzierte er kurz anhand der weiteren Verfolgung durch die Staatsicherheit, der politischen Inhaftierung, dem Freikauf durch die Bundesregierung und der besonderen Entscheidung kurz

nach dem Mauerfall in die „alte“ Heimat Halle-Neustadt zurückzukehren, wo er nach der Friedlichen Revolution 30 Jahre als Leiter des Jugendamtes arbeitete und wirkte. Ein lesenswertes Leben eines Menschen, der bei dem Versuch, sich selbst treu zu bleiben nicht nur mit der DDR-Diktatur aneckte, sondern auch erfuhr, wie das komplizierte Verhältnis zwischen der Evangelischen Kirche und dem Staat in Form der Staatsicherheit die Weichen eines Lebens stellen konnte.

Am Freitag wurde das Halle-Forum in der Konzerthalle der Ulrichskirche fortgesetzt mit dem Vortrag von Dr. Karl-Heinz Bomberg, der bei den musikalischen Einlagen von Erika Kunze begleitet wurde. Die Aufarbeitung einer politischen Traumatisierung bezeichnete Dr. Bomberg als sehr individuellen Prozeß, der immer in starker Abhängigkeit zur Person und seinem Umfeld steht. So beschrieb er anhand sehr unterschiedlicher Beispiele aus seiner be-

ruflichen Praxis mögliche Methoden und Wege einer persönlichen Aufarbeitung, wies aber auch darauf hin, daß es keinen allgemeingültigen „Maßnahmenplan“ mit dem Anspruch auf Erfolg gibt.

Darüber hinaus war Dr. Bomberg für einige Betroffene ein sehr guter Ansprechpartner auf der deutschlandweiten Suche nach Psychotherapeuten, die sich auf die politische Traumatisierung in der DDR spezialisiert oder zumindest in diesem Bereich weitergebildet haben.

Das sich anschließende Podiumsgespräch mit Birgit Neumann-Becker, Dr. Sandra Pingel-Schliemann und der Betroffenen Brunhild Köhler stellte nochmals den Zwiespalt heraus, in dem sich die Betroffenen von Zersetzungsmaßnahmen bei der Antragstellung auf Entschädigung befinden. Eine beweiskräftige und schlüssige Argumentation bei der Antragstellung erfordert die Diskrepanz von „Nichtwissen“ und „Wissen“ bezüglich der Ursachen von Zersetzungsmaßnahmen aufzulösen. Auf Grund einer weiteren möglichen Retraumatisierung seien aber viele nicht dazu fähig.

In seinem abschließenden Fazit stellte Dr. André Gursky fest, daß in der wissenschaftlichen Aufarbeitung in den letzten 30 Jahren viel erreicht wurde und die Methoden der Staatsicherheit und deren Auswirkungen mittlerweile hinlänglich bekannt seien. In der gesellschaftlichen Aufarbeitung hingegen sieht er große Defizite. Einerseits hinsichtlich der Weiterbildung von Mitarbeitern, die für die Rehabilitierungs- und Entschädigungsverfahren zuständig sind und diese, vorausgesetzt sie verfügten über das notwendige Wissen, für die Betroffenen ertragbarer machen könnten. Andererseits kritisierte er ebenso die Multiplikatoren im deutschen Bildungssystem, die die zahlreichen Angebote bezüglich der DDR-Geschichte nicht nutzen. Er, wie auch alle anderen beteiligten Betroffenen und Fachleute, vermissen auf derartigen Veranstaltungen genau dieses Publikum; und wenn der eine oder die andere auch nach 30 Jahren ein wenig desillusioniert ist, soll das geschehene Unrecht nicht dem Vergessen preisgegeben werden, sondern die Aufklärung der nichtwissenden Bevölkerung und die unterstützende Begleitung von Betroffenen in ihren Belangen wird weiterhin im Mittelpunkt der zukünftigen Veranstaltungen anlässlich des Halle-Forums stehen.



Lesung mit Lothar Rochau.



Podiumsgespräch mit Sandra Pingel-Schliemann, Birgit Neumann-Becker und Brunhild Köhler.

Torte in Tost

Unser Partner – der Deutsche Freundschafskreis von Tost/Oberschlesien – hatte Mitte Oktober eingeladen zum verspäteten 30. Geburtstag. Der DFK engagiert sich im gesellschaftlich-kulturellen Bereich, wie der Pflege der deutschen Sprache, Tradition und Geschichte. Uns unterstützt er bei der Planung und Durchführung unserer Gedenkfeiern sowie der Pflege der Gedenkstätte.

Im vergangenen Jahr wurden das Ehepaar Dorothea und Michael Matheja, Vorsitzende des DFK, und der Bürgermeister Dr. Grzegorz Kupczyk vom Deutschen Botschafter in Warschau mit einer Dankesurkunde ausgezeichnet. Wir freuen uns mit ihnen.

Glückwunsch auch zu der gelungenen Geburtstagsfeier in der Eichendorff-Burg mit hundert Festteilnehmern und sieben Ehrengästen aus Deutschland. Ein umfangreiches buntes Programm wurde geboten, eingeläutet von schmissiger Blasmusik auf dem Burghof, drinnen im Saal mit Festreden, Chor und Tanz der Kleinsten, die mit viel Spaß dabei waren. Auch eine schöne Idee: die Auszeichnung einiger verdienter Personen mit Bildern und roten Rosen, überreicht von Kindern, auch ich erhielt ein Bild und eine Rose. Alle bekamen ein Stück von der Geburtstagstorte. Ich freute mich, mit vielen Bekannten zu plauschen – nach der Kaffeepause wurde zu einem besonderen, furiosen, experimentellen Tanz-„Spektakel“ geladen, das viel Raum für eigene Phantasie bot.

In der prächtigen Barbara-Kirche fand ein festlicher zweisprachiger ökumenischer Gottesdienst statt, begleitet vom Jugend-

chor Con Colore in roten Gewändern unter der Leitung von Karina Kupczyk sowie dem unglaublich virtuosen Geiger Dominic Sowa – ein 18jähriger Penderecki-Stipendiat, erklärte mir sein stolzer Opa – er spielte verschiedene Stücke, u.a. von Telemann, Brahms, Bartók und das Ave Maria von Charles Gounod. Die Gemeinde war begeistert und applaudierte langanhaltend und rhythmisch.

Wir besuchten das ehemalige Gefängnis sowie unsere Gedenkstätte in Begleitung von Professor Josef Musielok und Dorothea Matheja, wo bereits zwei große Blumenschalen standen – eine von der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Stellvertreterin, Magdalena Ermlich, war mit uns angereist.

Mit dem Bürgermeister sprach ich wegen der Kohlen auf den Massengräbern. Dazu äußerte er sich zurückhaltend. Ich verstehe, daß dies ein ziemlich heikles Thema ist für die Stadt. Fakt ist: die Firma ist pleite, die Inhaber sind anscheinend in Richtung Rußland abgetaucht. An das Grundstück kommt die Stadt offenbar momentan nicht heran, und auf dem Kohlenberg wachsen zwischenzeitlich kleine Bäume.

Putzig: Fröhlichmorgens wurde man im HG-Hotel nicht nur von Glockengeläut geweckt, sondern auch von Eselsgeschrei und Ziegengemecker. Wir wunderten uns und erfuhren, daß der Pfarrer neben der Kirche und neben dem Hotel mitten in der Stadt Esel und Ziegen hält.

(Unser „Geburtstagsbesuch“ wurde dankenswerterweise gefördert vom Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler im Sächsischen Staatsministerium des Inneren, Dr. Jens Baumann.)



Foto: DFK Tost

Jeder erhielt ein Stück davon ab.



Sybille Krägel (l.) mit Dorothea Matheja.

Quelle: LASD

Als nächsten Termin für eine Gedenkfahrt/-feier habe ich mit dem DFK den 10.–12. Juni 2022 vereinbart. Programm-einheiten sind in Arbeit. Derweil wünsche ich allen Lesern ein entspanntes Weihnachtsfest und ein hoffentlich von Krankheiten verschontes 2022.

Wesołych Świąt oraz szczęśliwy
i zdrowy 2022

Sybille Krägel
I.G. NKWD-Lager Tost/Oberschlesien
Tel. (040) 533 20 59
Mail kraegel@uokg.de

Unter dem Damoklesschwert

Erklärung von MEMORIAL Deutschland zur drohenden Auflösung von Memorial International

Die Nachricht vom 11. November, daß die russische Generalstaatsanwaltschaft die Auflösung von Memorial International beantragt, ist ein Schock sowohl für die Zivilgesellschaft in Rußland als auch für alle, die die jüngste Entwicklung in Rußland aus dem Ausland verfolgen und um so mehr für die Memorial International angegliederten ausländischen Mitgliedsverbände.

Seit der Verabschiedung des „Agenten-Gesetzes“ im Jahre 2012 und weiterer ergänzender Bestimmungen dazu leben fast alle NGOs in Rußland unter dem Damoklesschwert einer erzwungenen Selbstauflösung oder eines Verbots. Nicht umsonst hat Memorial von Anfang an kategorisch darauf bestanden, daß dieses Gesetz nicht redigiert und korrigiert werden sollte, sondern aufgehoben werden muß.

Im Laufe der Jahre haben sich die schlimmsten Erwartungen bestätigt. Wie viele andere NGOs wurden auch Memorial International sowie einzelne Memorial-Verbände in Rußland mit akribischen, zeitraubenden und schikanösen Überprüfungen überzogen, es häuften sich anonyme Anzeigen. Wegen fehlender Markierungen als „Agent“ etwa auf Facebook-Posts oder auf Briefen mußte Memorial in den letzten beiden Jahren immense Strafzahlungen leisten. Der Druck nahm aber auch in anderen Bereichen zu – beispielsweise in Form von orchestrierten Hetzkampagnen in den Medien oder von Überfällen auf Veranstaltungen ins-



besondere bei Filmvorführungen, um nur einige zu nennen.

Memorial existiert seit Ende der 80er Jahre. Andrej Sacharow, dessen 100. Geburtstag in diesem Jahr auch in Rußland begangen wurde, gehörte zu den Gründern. Das offenbar in den herrschenden Kreisen gewünschte und eingeleitete Verfahren, mit dem eine Auflösung erzwungen werden soll, ist politisch motiviert, eine Rechtsgrundlage gibt es dafür nicht einmal in der russischen Gesetzgebung. Ausschlaggebend sind die beiden wesentlichen Arbeitsbereiche, für die Memorial International steht – Aufklärung über die sowjetische Vergangenheit mit Schwer-

punkt auf der Geschichte politischer Repressionen sowie aktuell der Einsatz für Menschenrechte und die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen.

Und diese Tätigkeit, für die Memorial weltweit hochgeachtet wird und die gerade für Rußland von enormer Bedeutung ist, soll unterbunden werden.

Noch ist es allerdings nicht zu spät – die Verhandlung (in erster Instanz) wurde für den 25. November anberaumt. Jetzt ist internationale, nicht nachlassende Solidarität gefordert – von Medien und Wissenschaft, insbesondere aber der Politik. Das Verbot von Memorial International wäre

ein verhängnisvolles Signal, seine Auswirkung auf zivilgesellschaftliche Initiativen und generell die weitere Entwicklung in Rußland ist kaum zu überschätzen und hätte auch gravierende internationale Folgen.

Wir appellieren an Öffentlichkeit und Politik, Position zu beziehen und klarzustellen, daß ein Verbot von Memorial kein internes Problem ist, sondern auch für die internationalen Beziehungen einen irreparablen Schaden bedeuten würde.

Der Vorstand von MEMORIAL
Deutschland e.V.
12. November 2021

Gefährdung der Aufarbeitung

Die Mitglieder des Vorstands der Internationalen Assoziation der Verbände ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (u.a. aus Albanien, Litauen, Lettland, Estland, Kroatien,

Ungarn, Rumänien, Moldowa und der Slowakei) sind entsetzt über die russische Politik gegen unseren Partner MEMORIAL und erklären:

Herausragendes in der europäischen Erinnerungskultur geschaffen und sind wichtige Partner für die Akteure in unseren Ländern.

Geld macht alles möglich.

Salomo

Na, na, auch wenn der Weise da etwas übertrieben hat, aber ein Abo macht es auf jeden Fall möglich.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Am 11. November 2021 erhielt MEMORIAL vom Obersten Gericht Rußlands eine Vorladung zum Gerichtstermin am 25. November 2021. Die Generalstaatsanwaltschaft beantragt die Auflösung von Memorial-International. Sie wirft der Organisation „wiederholte Verstöße“ gegen das „Ausländische-Agenten-Gesetz“ vor. Gleichzeitig soll über die Auflösung des Menschenrechtszentrums Memorial entschieden werden.

Memorial ist seit einem Drittel Jahrhundert an der Aufklärung der Repressionen und Verbrechen während der kommunistischen Herrschaft engagiert. Der Menschenrechtsorganisation waren stets auch die Opfer der politischen Verfolgung und deren Rehabilitation ein Anliegen.

Mit ihrer Forschungs- und Aufklärungsarbeit haben die Mitarbeiter von Memorial

Wir protestieren gegen diesen Angriff auf Memorial und fordern die russische Generalstaatsanwaltschaft auf, den Antrag auf Auflösung von Memorial International und des Menschenrechtszentrums unverzüglich zurückzuziehen.

Der Europarat möge diese Gefährdung der russischen und europäischen Aufarbeitung der kommunistischen Herrschaft durch die Russische Föderation zeitnah auf die Tagesordnung setzen.

Die europäischen Staaten und Institutionen sollten alles in ihrer Macht Stehende zum Schutz von Memorial, seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der russischen Zivilgesellschaft unternehmen.

Dr. Wolfgang-Christian Fuchs,
Ehrenpräsident

Verteidigung von Memorial!

Erklärung der Plattform des Europäischen Gedächtnisses und Gewissens

[...] Memorial ist weltweit bekannt für seine Bemühungen, die Erinnerung an die Opfer kommunistischer Verbrechen zu bewahren und die Menschenrechte im heutigen Rußland und anderen Ländern zu schützen. Memorial hat ein einzigartiges Archiv aufgebaut, zahlreiche Bücher und Online-Datenbanken veröffentlicht

und unzählige Aufklärungskampagnen organisiert.

Wir fordern das Europäische Parlament und die Europäische Kommission auf, Maßnahmen zum Schutz von Memorial zu ergreifen. Wir rufen alle Einzelpersonen und Organisationen auf, die sich

mit Gedenken beschäftigen, sich einer internationalen Kampagne zur Verteidigung von Memorial anzuschließen.

Zeigen wir Solidarität mit denen, die so viel für uns alle getan haben!

Prag, 15. November 2021

Suchanzeigen

Ehemals politisch Inhaftierte der SBZ und der DDR und/oder Nachkommen von ehemals politisch Inhaftierten gesucht

Die Charité führt eine wissenschaftliche Studie zur Untersuchung der gesundheitlichen Folgen politischer Haft in der ehemaligen SBZ und DDR durch. Dabei werden mögliche körperliche und psychische Folgen der Haft untersucht. Die erhobenen Daten werden entsprechend der neuen EU-Datenschutzrichtlinien streng vertraulich behandelt und ausschließlich in anonymisierter Form weiterverarbeitet. Für die Studie suchen wir Personen aus

dem gesamten Bundesgebiet. Etwaige Reisekosten erstatten wir selbstverständlich. Wir führen die Studie aber auch gerne bei Ihnen vor Ort durch.

Ehemals Inhaftierte können gerne zusammen mit ihren Kindern an der Studie teilnehmen. Sowohl damals Inhaftierte als auch Kinder von ehemals Inhaftierten können aber auch allein an der Studie teilnehmen.

„Generation Mauerbau“

Zeitzeuginnen und Zeitzeugen des Jahrgangs 1961 für Interviewprojekt gesucht

An der Universität Konstanz wird in Kooperation mit der Stiftung Berliner Mauer und dem Archiv Deutsches Gedächtnis der Fernuniversität Hagen ein multimediales Interviewprojekt zur Ost-West-Perspektive auf die jüngste deutsch-deutsche Geschichte weitergeführt. Für die Interviewstudie werden Menschen des Geburtsjahrgangs 1961 gesucht, die in Sachsen, Baden-Württemberg oder in Ost- oder West-Berlin geboren wurden und damit eine Hälfte ihres Lebens in einem geteilten, die andere Hälfte in einem wieder-vereinten Deutschland verbracht haben.

Die lebensgeschichtlichen Interviews werden von der Medienkünstlerin Ina Romee und dem Fotografen Stefan Krauss im Zeitraum von November 2021 bis März 2022 geführt und aufgezeichnet. Die Studie geht den Erfahrungen von Umbrüchen und Krisen nach und fragt auch nach pandemiebedingten Einschränkungen – wurde die Corona-Situation im Osten und Westen unterschiedlich erlebt? Wie wurden die Veränderungen eingeordnet und beurteilt? Wie werden die Krisen der Gegenwart eingeschätzt?

„Generation Mauerbau“ setzt die Interviewstudie „Generation 1975 – Mit 14 ins neue Deutschland“ fort, in der damals 14-Jährige von ihren Erfahrungen mit dem Mauerfall und dem Leben in einem geteilten und ab 1990 wiedervereinigten Land erzählten. Die gleichnamige Videoinstallation wurde in der Erinnerungs-

stätte Notaufnahmelager Marienfelde und im Haus der Geschichte Baden-Württemberg von Oktober 2020 bis zum September 2021 gezeigt.

Um die Gesellschaft im Ganzen abzubilden, sollen bei „Generation Mauerbau“ verstärkt Menschen möglichst aller sozialen und politischen Ausrichtungen zu Wort kommen, natürlich auch Menschen mit Migrationshintergrund, die allerdings in den seltensten Fällen 1961 in der Bundesrepublik oder DDR geboren wurden. Daher sollten diese Menschen bis 1975 in die Bundesrepublik bzw. DDR gekommen sein und bis zum Mauerfall in Baden-Württemberg, Sachsen, Ost- oder West-Berlin gelebt haben.

Teilnahme: Interessierte Personen können sich ab sofort unter uni.kn/bertram/generation-mauerbau in eine Online-Datenbank eintragen.


Für Fragen stehen Ina Romee und Stefan Krauss unter (015 77) 354 83 66 vorab gerne zur Verfügung.

Die Videos werden den Teilnehmenden im Anschluß zur Verfügung gestellt und sollen darüber hinaus in künstlerischen Videoinstallationen sowie in der Forschung und Lehre genutzt werden.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:
Universität Konstanz,
Kommunikation und Marketing,
Tel. + 49 75 31 88-36 03,
E-Mail kum@uni-konstanz.de

Wir bedanken uns bei den zahlreichen Personen, die bereits an unserer Studie teilgenommen haben. Um möglichst repräsentative Daten zu erhalten, führen wir weitere Testungen durch und freuen uns über Ihre Teilnahme.

Bei Interesse melden Sie sich gerne bei uns: Tel. (030) 450 517 560
Fax (030) 450 751 756
E-Mail DDR-Unrecht@charite.de

Adresse: Charité – Universitätsmedizin Berlin, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Campus Benjamin Franklin, Hindenburgdamm 30, 12203 Berlin, z. Hd. Anne Dreyer 

Zeitzeugenaufruf DIZ Torgau

Das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau sucht ehemalige Inhaftierte des Jugendgefängnisses Torgau und der Strafvollzugseinrichtung Torgau in der DDR, insbesondere für die Zeit 1970 bis 1989. In der neuen Dauerausstellung im DIZ Torgau möchten wir Zeitzeugen zu Wort kommen lassen, die bereit sind, über ihre Hafterfahrungen und ihre Erlebnisse in Torgau zu sprechen. Wir suchen außerdem nach Fotos, Gegenständen, Dokumenten und Aufzeichnungen, die den Haftort Torgau erfahrbar machen.

Waren Sie oder ein Angehöriger von Ihnen in Torgau inhaftiert? Haben Sie oder ein Angehöriger von Ihnen in der Strafvollzugseinrichtung Torgau gearbeitet? Waren Sie selbst oder ein Angehöriger von Ihnen in einem Betrieb tätig, in dem auch Gefangene aus Torgau arbeiten mußten? Dann freuen wir uns, wenn Sie mit uns Kontakt aufnehmen. Auf Wunsch werden alle Informationen vertraulich behandelt.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

DIZ Torgau/Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Projektkoordinatorin „Neukonzeption der ständigen Ausstellung“, Elisabeth Kohlhaas, Referentin, Tel.: (03421) 773 96 81, elisabeth.kohlhaas@stsg.de

Ausstellungsbetreuung, Schicksalsklärung und Zeitzeugenarbeit, Ralf Marten, Referent, Tel. (03421) 773 96 83, ralf.marten@stsg.de

Imagefilm

Der Imagefilm der UOKG ist ab sofort online und öffentlich:
<https://youtu.be/dANsFAXtTYU> – Bitte teilen und weitersagen.

Lucas Hütter



.....
 Marko Martin: *Die letzten Tage von Hongkong*, Roman, Tropen 2021, 320 S., 22,- €

Als sie am 1. Januar 2020 an der Demonstration für den Erhalt der Bürgerrechte teilnehmen, ahnen sie ebenso wenig wie der

Die letzten Tage von Hongkong

(VT) 2019/2020. Zwischen den Jahren kehrt Marko Martin, diesmal mit seinem Partner, nach Hongkong zurück. Sie ahnen nicht, daß sie Zeugen historischer Ereignisse werden sollen. Die letzten Proteste der Demokratiebewegung, gefolgt von einer Welle von Verhaftungen, dazu die Nachricht von einem neuartigen Virus: Sars-Cov-2. Der Anfang vom Ende des freien Hongkong.

Marko Martin hat die „Sonderzone“ oft besucht und sie als Insel der Freiheit kennengelernt. Zusammen mit seinem Partner streift Martin nun erneut durch die faszinierende Stadt. Doch die Angst vor neuen Repressionen gegen die Demokratiebewegung ist spürbar, egal ob bei Museumsangestellten oder im hedonistischen Nachtleben.

prominente Aktivist Joshua Wong, daß es vorerst die letzte sein wird.

„Die letzten Tage von Hongkong“ sind persönliches Journal und Hommage an diese einzigartige Stadt, ihre Bewohner, ihre Filme und die Welt, von der sie erzählen. Kann womöglich das Erinnern die Ignoranz der Macht überlisten und das Erzählen die freie Stadt fortleben lassen?

„Marko Martin hat eine bewundernswerte Gabe, die Dinge zu sehen; durch seine Augen werden die Dissidenten in Hongkong als Menschen erkennbar, Menschen mit einer ungewissen Zukunft.“
 Mario Vargas Llosa

„Marko Martins Herz schlägt für die Verbotenen und die Verfolgten.“
 Alexander Cammann, *Die Zeit*

„Marko Martin ist nicht nur ein bemerkenswerter Autor, er ist ein wahrer Humanist. Was er schreibt, muß man gelesen haben.“
 Anne Applebaum, Pulitzer-Prize-Trägerin



.....
 Thomas Mayer: *Lebenslang dem Recht verpflichtet*. Günter Kröber – Rechtsanwalt und Liberaler im geteilten und wiedervereinigten Deutschland. Leipziger Universitätsverlag 2021, 77 S., 19,- €

Kröber ist ein gestandener Demokrat mit unverkennbarer liberaler Ausstrahlung. Ihm gegenüber glaubt man sich zuweilen in die Weimarer Zeit eines Friedrich Naumann versetzt. Und doch: das ist kein Mann von gestern. Er zählte Hans-Dietrich Genscher zu seinen Freunden. Er war mit

Günter Kröber im Interview

Es gibt kaum Erinnerungen von demokratischen Juristen in der DDR, weil es nur selten aktive demokratische Juristen in der DDR gab. Die meisten gehörten der SED an oder dienten der Staatssicherheit. Nicht so der Rechtsanwalt Dr. Günter Kröber aus Leipzig-Holzhausen. Das in Buchform gedruckte Interview ist ein Stück Lebensgeschichte. Der Heimat eine Gasse! Obgleich von Heimat kaum die Rede ist, schwingt sie mit bei seinen beiden politischen Verhaftungen und Neuanfängen in Mitteldeutschland. Für 29 Jahre verliert er seinen Beruf als Rechtsanwalt. Er verläßt das Land nicht. Die Liebe zur Heimat bildet das ungeschriebene Rückgrat seiner Existenz. Die lebenslange Liebe zu seinen Pflegeeltern und die Verantwortung für seine Klienten bilden den inneren Rahmen.

dem legendären Leipziger Studentenratsvorsitzenden Wolfgang Natonek befreundet, besuchte ihn im Zuchthaus Torgau. Sein Blick reicht weit in die Gegenwart hinein. Die Friedliche Revolution hat er mitgestaltet, ausgefüllt mit wichtigen politischen Funktionen. Endlich konnte er dort fortfahren, wo er 1950 im letzten demokratisch gewählten Studentenrat aufhören mußte. Das demokratische Deutschland siegte über die verkrusteten, diktatorischen kommunistischen Strukturen in seiner sächsischen Heimat. Begriffe wie „Demokratie“ oder „Freiheit“ füllten sich wieder mit Leben. Der Unrechtsstaat war passé. Sein Kampf gegen das alte System hatte sich gelohnt. Kröber will und konnte die politischen Niederlagen und Repressalien dennoch nicht vergessen. Er läßt sich aber nicht den Blick für das Neue, Zukunftsweisende verstellen. Ein Zurück wird es nicht geben.

Wer nicht einseitig, unkritisch durch die DDR marschiert ist, sollte dieses Buch lesen. Für die späteren Generationen ist es eine mahnende Lektüre. Der Fragensteller führt gewohnt kenntnisreich durch Kröbers bewegte Biographie.

Gerald Wiemers



Fünf Monate und 24 Tage

(VT) Elke Schlegel ist geboren und aufgewachsen in Jena. Ab 1983 stellten sie und ihr Mann mehrfach Ausreisearträge in den Westen und demonstrierten mit Jenaer Regimegegnern des „Weißen Kreises“. Ihre Ausreise wurde genehmigt, dann verhaftete sie ihr eigener Bruder. Sie wurde unter anderem wegen

.....
 Elke Schlegel: *5 Monate und 24 Tage. Frauenzuchthaus Hoheneck – eine Extremerfahrung*, Imprimatur 2021, 228 S., 17,- €

Versuchter Republikflucht und Landesverräterischer Nachrichtenübermittlung zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt, nur um wieder verkauft zu werden. Ein Kontakt zu ihrem Sohn war unmöglich. Wegen Mangelernährung wurde sie durch die Bundesrepublik freigekauft. Ihr Sohn durfte ein Jahr später nachfolgen. Sie lebt heute in Koblenz. Bei einer beruflichen Weiterbildung saß sie unwissentlich in einem Auto mit einer ehemaligen Wärterin aus Hoheneck.

Heute setzt sie sich für eine außer acht gelassene Opfergruppe ein, für die Nachkommen politisch Verfolgter, und arbeitet als Regionalbeauftragte der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) für Rheinland Pfalz.

Zeitgeschichte kann spannend sein

Betrachtungen zu einem Buch, das es noch gar nicht gibt

Als der Autor, Dieter Drescher, bis dahin unbescholtener DDR-Bewohner, im Juni 1974 gemeinsam mit seiner Frau wegen Vorbereitungen zur Flucht in den Westen festgenommen wird, ahnt er noch nicht, daß er sich innerhalb weniger Monate in einen „extremen Staatsfeind“ verwandelt. Jedenfalls in den Augen des berüchtigten Ministeriums für Staatssicherheit. Die von Paranoia getriebene Geheimpolizei konstruiert aus dem Versuch, den Staat zu verlassen, ein schweres Verbrechen, welches das friedliebende Gemeinwesen namens DDR zu Umsturz führen könnte. Die Strafen gegen die Eheleute sind drastisch; die beiden minderjährigen Kinder werden in ein Kinderheim entführt, ihnen droht Zwangsadoption.

Davon berichtet Drescher in einem fesselnden Buch, das es bisher leider nur als Manuskript gibt. „Eisige Zone“ soll es heißen, und es ist eine Tour de Force durch ein Leben in zwei Diktaturen, die weit über das hinausgeht, was man normalerweise persönliche Erinnerungen nennt. Der Autor entwickelt vielmehr aus einer Fülle beobachteter Ereignisse, Dinge und Personen das Gesellschaftsbild einer Familie, das bis zum Tag seiner Geburt zurückreicht.

Am Anfang steht in einem ersten Handlungsstrang die Verhaftung des Autors und seiner Frau sowie – man weigert sich, das zu glauben – die brüske Wegnahme der zwei- und vierjährigen Kinder, die in ein mentales Nichts gestürzt werden. Ein Psychoterror, der über Wochen betrieben wird, ehe den Großeltern kurzfristig zu ihnen Zugang gewährt wird.

Ist das schon erschütternd genug, so lastet für die Eheleute die Ungewißheit über den Verbleib und das Schicksal der Kinder wie ein bleierner Schatten über der Haftzeit. Diese wird sich viele Jahre hinziehen. Es ist die kaltblütige Rache des Staates an Menschen, die sich nicht

haben verbiegen lassen und auch in der Haft anständig bleiben.

Die Wirrnisse, Verirrungen, auch Niederlagen in der Haftzeit zu verfolgen, gehört zu den Glanzstücken der Geschichtensammlung, wie der Rezensent aus eigener Anschauung zu gleicher Zeit bestätigen kann. Da kann es auch mal surreal, komisch und schwejkhaft verschwörerisch zugehen. Unterhaltsam bleibt das immer, und man ertappt sich dabei, schnell zur nächsten Story weiterblättern zu wollen, die zumeist in sich abgeschlossen ist.

Lange „strapaziert“ der Autor die Nerven des Lesers, bis er die spannende Geschichte der „Rettung“ der Kinder ansteuert. Und die hat es in sich. Denn sie entpuppt sich als Serie von Lügen, Tricks und Täuschungen der Mielke-Büttel. Mit dem Ziel, die gegebene Zusicherung zu hintertreiben, die inzwischen in Ost-Berlin bei Pflegeeltern verbliebenen Kinder innerhalb von sechs Wochen an die nach Freikauf Mitte 1976 im Westen lebenden Eltern zu übergeben. Es tut weh, lesen zu müssen, mit welchen perfiden Methoden die eigentlich unbeteiligten Pflegeeltern, deren Familie und die Kleinsten über weitere Monate terrorisiert werden. Selbst als Übergabeort und -termin im Januar 1977 offiziell vereinbart sind, erweist sich das als Falle. Keine Versprechung wird eingehalten. Dieter Drescher reagiert spontan...

Reichlich Thrillerstoff bietet sich auch im zweiten Handlungsstrang. Er enthält Geschichten, die an der Biographie des Autors orientiert sind. Mehr als insgesamt einhundert Erzählungen entfalten sich zu einem Panorama voller abenteuerlicher, trauriger, heiterer, bizarrer, banaler, tragischer, sentimentaler, rätselhafter und chaotischer Situationen.

Die Handlungsstränge sind ineinander verschränkt – sicher ein Experiment, das gewöhnungsbedürftig ist. Doch immerhin

bilden sich immer neue Spannungsbögen, die Lust auf das Weiterlesen machen.

Es fehlt eigentlich nur noch ein seriöser Verlag, der dieses Lese-Angebot umzusetzen gewillt ist.

Bernd Lippmann

Dieter Drescher: Eisige Zone (Arbeitstitel),
Email dd.austria@gmx.at

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Januar und Februar Geburtstag haben

Dr. Egon Weber am 5. Januar, Edith Protze am 12. Januar, Jörg Strauß am 17. Januar, Norbert Lipski, Eugen Mühlfeit, Hartmut Richter am 29. Januar, Hubert Polus am 2. Februar, Emil Hanisch am 12. Februar, Hans Schulze am 13. Februar, Norbert Kusenack am 22. Februar

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Katrin Behr, Cornelia Kurtz
(Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Beratungstermine nur nach telefonischer
Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 15 28 58
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di, 12–18 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische
Anmeldung empfohlen.

Berichtigung

In Ausgabe 8/2021, S.17, bei der Buchbesprechung von „Arno Esch – Eine Biographie“ ist uns ein Fehler unterlaufen (den ein freundlicher Leser uns mitgeteilt hat). Bei der Angabe der Bezugsmöglichkeit ist die E-Mail-Adresse falsch. Richtig ist: post@lamv.mv-regierung.de

Die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Dr. Gerd Dehnert, Marlies Eilfeld, Dr. Wolf Erler, Dietmar Freudenreich, Holger Friedel, Ursula Friesicke-Ismael, Gerhard Glaubig, Alexander Grow, Erik Hofmann, Fritz Mathei, Peter Menzel, Alfred Müller, Barbara Müller, Hanns F. Osterloh, Dr. Bernd Palm, Dieter Rook, Waltraud Schmidt, Lieselotte Schulze, Jutta Steeger, Martin Taatz, Gerhard Täuber, Karl-Wolf Tiebel, Günter Toepfer, Matthias G. Wehner, Peter Wiesenbacher, Michael Wühle, Anneliese Zogbaum

Stacheldraht-Konto:

BSV Förderverein

Konto-Nr. 665 52 45 01

BLZ 100 708 48

Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01

BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:

„Stacheldraht-Spende“

Danke

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft dankt ganz herzlich allen, die 2021 für den Dachverband gespendet haben.

Der Vorstand

Das Zitat

Wer nicht an Wunder glaubt,
ist kein Realist.

David Ben-Gurion

BSV-Förderverein für Beratungen
(ehemals Bund der Stalinistisch Verfolgten)
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz
Sprechzeiten s. S. 19
Telefon (030) 55 15 28 58
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein für Beratungen
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC: DEUT DED B110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 1. Dezember 2021

